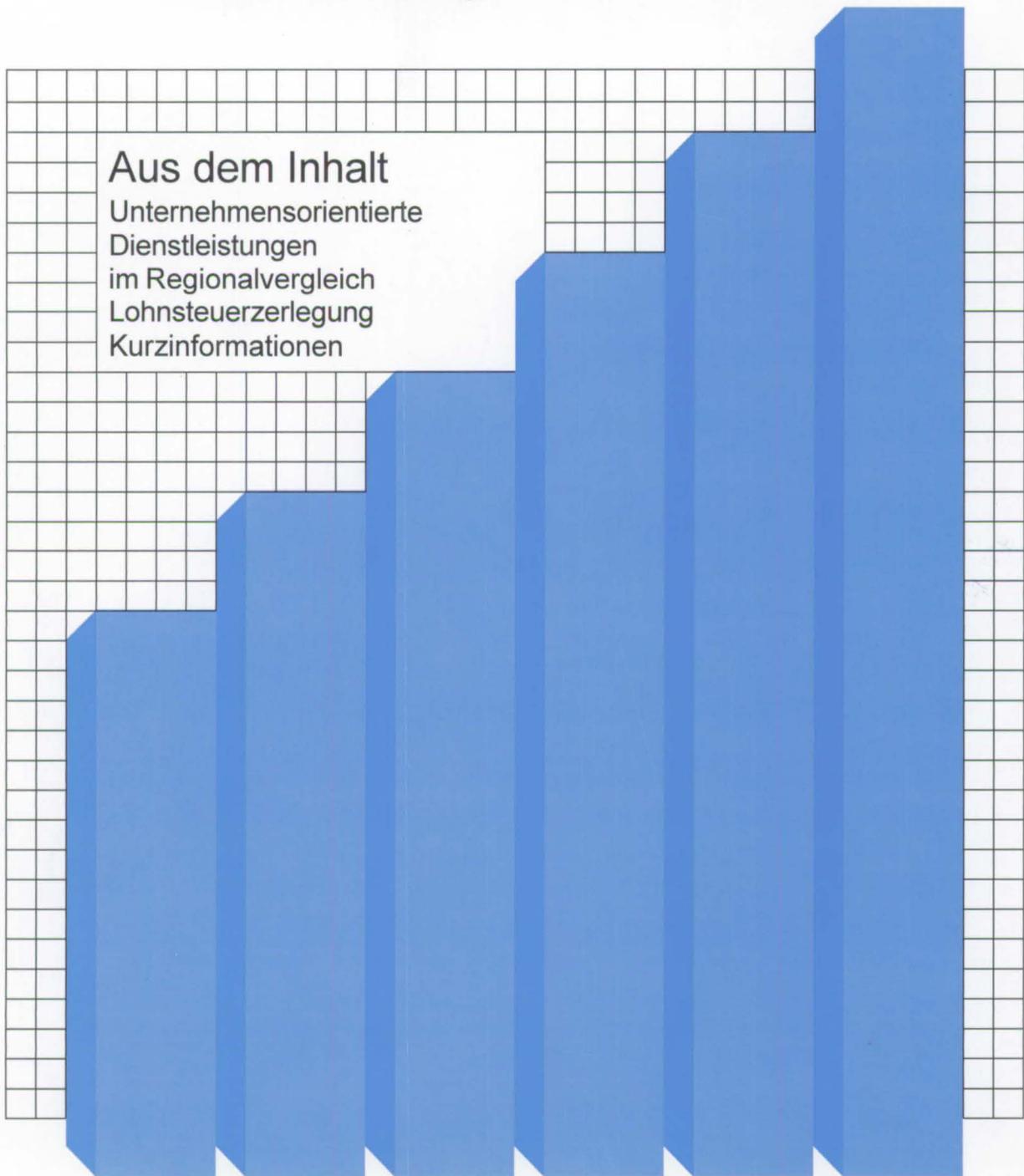




Hamburg in Zahlen



3-4/99

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Statistisches
Landesamt
Hamburg



ZEICHENERKLÄRUNG UND ABKÜRZUNGEN

- | | |
|---|--|
| - = Zahlenwert genau Null (nichts) | / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist |
| 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit | () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann |
| · = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend | ≐ = entspricht |
| ... = Zahlen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor | * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlen-spiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht |
| r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl | MD = Monatsdurchschnitt |
| p = vorläufige Zahl | Vj = Vierteljahr |
| s = geschätzte Zahl | Hj = Halbjahr |
| x = Nachweis nicht sinnvoll | |

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde. Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

IMPRESSUM

Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
20453 Hamburg

Hausanschrift:
Steckelhörn 12, 20457 Hamburg
Telefon: (0 40) 428 31-17 21
Telefax: (0 40) 428 31-17 00

Internet:
<http://www.statistik-hamburg.de>
E-Mail: Statistik-Hamburg@t-online.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Wolfgang Bick

Satz und Herstellung:
Joachim Gehrer, Torsten Jonas,
Gunther Knöfler

Druck:
Lütcke & Wulff
Heidenkampsweg 76b
20097 Hamburg

ISSN 0017-6877

Preis dieses Heftes: 8,- DM

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

SERVICE UND AUSKUNFTE

Versand von
Veröffentlichungen (0 40) 428 31-17 19
Bibliothek (0 40) 428 31-17 42
Allgemeiner
Auskunftsdienst (0 40) 428 31-17 66
17 68



Hamburg in Zahlen

Zeitschrift des Statistischen Landesamtes
der Freien und Hansestadt Hamburg

53. Jahrgang, März/April 1999

Unternehmensorientierte Dienstleistungen in westdeutschen Großstadregionen

von Dieter Läßle und Joachim Thiel © 428 78-31 10/36 28

Auf der Grundlage von Auswertungen der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vergleicht der Beitrag die Entwicklung von ausgewählten Dienstleistungsbereichen in Hamburg und anderen westdeutschen Agglomerationsräumen während der 80er und 90er Jahre. Der Bericht ist eine Analyse des Arbeitskreises Stadt- und Regionalökonomie der Technischen Universität Hamburg-Harburg. 41

Aktuelle Ergebnisse der Lohnsteuerzerlegung

von Horst Schüler © 428 31-17 02

Eine wichtige Komponente des föderativen Finanzsystems der Bundesrepublik Deutschland ist die „Lohnsteuerzerlegung“. Das für ihre Umsetzung erforderliche Datengerüst wird im dreijährlichen Turnus von den Statistischen Landesämtern erarbeitet. In dem Bericht wird anhand der neuesten Zerlegungsdaten dargestellt, in welchen Maße das Hamburger Lohnsteueraufkommen von der Zerlegung betroffen ist und welche Länder die wichtigsten „Zerlegungspartner“ Hamburgs sind. 53

In diesem Heft

KURZINFORMATIONEN

Ausländerzahl gesunken	38
Fahrräder in drei von vier Haushalten ...	38
Mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen	38
Rückgang bei den Ehescheidungen	38
8471 neue Wohnungen	38
Wieder Rekord im Containerumschlag ..	38

SCHAUBILD DES MONATS

Steueraufkommen und Steuereinnahmen Hamburgs 1998	39
---	----

TRENDS

Hamburger Bevölkerungstrends	40
------------------------------------	----

BERICHTE

Unternehmensorientierte Dienstleistungen in westdeutschen Großstadregionen	41
Aktuelle Ergebnisse der Lohnsteuerzerlegung	53

TABELLENTEIL

Hamburger Zeitreihen	60
Hamburger Zahlenspiegel	61
Hamburg im Bundes- und Ländervergleich	68
Hamburg im Städtevergleich	70

Ausländerzahl gesunken

Erstmals seit fast eineinhalb Jahrzehnten hat sich 1998 die Zahl der in Hamburg lebenden Ausländer und Ausländerinnen im Vergleich zum vorangegangenen Berichtsjahr vermindert. Am 31. Dezember 1998 waren insgesamt 269 179 Einwohner und Einwohnerinnen mit ausländischen Staatsangehörigkeiten in unserer Stadt gemeldet – 3559 oder 1,3 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Hamburger Einwohnerschaft im Ganzen beläuft sich nach den Auszählungen des Melderegisters jetzt auf 15,9 Prozent.

Von allen Ausländern und Ausländerinnen stellen die türkischen Staatsangehörigen mit 25,9 Prozent die größte Gruppe. 8,6 Prozent haben einen jugoslawischen Pass, 7,0 Prozent sind Polen und Polinnen. Die viertgrößte Ausländergruppe bilden mit 5,6 Prozent die hier gemeldeten Personen aus Afghanistan.

Isolde Schlüter

Fahrräder in drei von vier Haushalten

Über drei Viertel der gegenwärtig rund 900 000 Hamburger Haushalte haben Fahrräder, und von den Haushalten, die dieses Fortbewegungsmittel besitzen, stehen etwa jedem zweiten sogar mehrere Räder zur Verfügung. Innerhalb der letzten fünf Jahre ist der Anteil der Haushaltungen mit Fahrrädern in Hamburg von 72 Prozent auf 76 Prozent gestiegen.

Erhöht hat sich auch der Anteil der Haushalte mit Krafträdern. Heute haben nicht ganz sechs Prozent Motorräder oder -roller, vor fünf Jahren waren dies etwas über vier Prozent.

Jürgen Meinert

Mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen

Im Jahr 1998 wurden in Hamburg 11 825 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, das waren 174 mehr als im Jahr zuvor. Der bisherige Tiefststand des Jahres 1995 mit 10 929 wird sogar um 896 Abschlüsse übertroffen.

62 Prozent aller neu abgeschlossenen Lehrverträge entfallen auf den Ausbildungsbereich Industrie und Handel. Im Handwerk begannen 26 Prozent und in den Freien Berufen neun Prozent eine Ausbildung.

Die neuen Auszubildenden sind mehrheitlich männlichen Geschlechts (53 Prozent). Im Handwerk liegt ihr Anteil mit 72 Prozent besonders hoch, wogegen bei den Freien Berufen zu 94 Prozent junge Frauen ausgebildet werden.

Die Angaben beruhen auf vorläufigen Ergebnissen.

Thorsten Erdmann

Rückgang bei den Ehescheidungen

1998 wurden in Hamburg 4968 Ehen geschieden, 2,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Bei mehr als der Hälfte aller Scheidungen waren minderjährige Kinder betroffen. Die Zahl der „Scheidungswaisen“ betrug 4198 und ging um ein Prozent leicht zurück.

Die meisten Ehen scheiterten nicht im „verflixten 7. Jahr“. Kinderlose Ehepaare trennten sich bereits nach vier Jahren, während sich Ehepaare mit Kindern am häufigsten nach sechs Jahren scheiden ließen.

Eine lange Ehedauer ist kein Garant für den Fortbestand einer Ehe. Bei fast zehn Prozent aller Scheidungen hatten die ehemaligen Ehepartner bereits die Silberhochzeit hinter sich.

In der Mehrzahl beantragten die Frauen das Scheidungsverfahren; 1998 war dies bei rund drei Vierteln aller Scheidungen der Fall.

Isolde Schlüter

8471 neue Wohnungen

Im Verlauf des Jahres 1998 wurden in Hamburg 8471 Wohnungen gebaut – ein Ergebnis, das um fünf Prozent über der schon hohen Zahl (8099) von 1997 liegt. Damit sind seit 1990 rund 66 600 Wohnungen fertiggestellt worden. 86 Prozent der 1998 bezugsfertig gewordenen Wohnungen entstanden in neuen Gebäuden, 14 Prozent wurden durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (Um- und Ausbau) geschaffen.

Von den Wohnungen in neu errichteten Gebäuden befanden sich 5334 oder 74 Prozent in Mehrfamilienhäusern. Außerdem wurden im letzten Jahr 402 Wohnungen in Nichtwohngebäuden, die hauptsächlich anderen als Wohnzwecken dienen, bezugsfertig.

Allerdings ist für die nächste Zukunft nicht mehr mit so hohen Zahlen zu rechnen. Denn 1998 haben die hamburgischen Bauämter Baugenehmigungen für nur 5628 Wohnungen erteilt – 39 Prozent weniger als 1997.

Johannes Marx

Wieder Rekord im Containerumschlag

1998 stieg der Containerumschlag im Hamburger Hafen auf die Rekordmarke von 3,57 Millionen TEU (20-Fuß-Einheiten), das sind 6,4 Prozent mehr als 1997 und doppelt so viel wie vor neun Jahren (1989). Hamburg konnte damit seine Position als siebtgrößter Containerhafen der Welt behaupten.

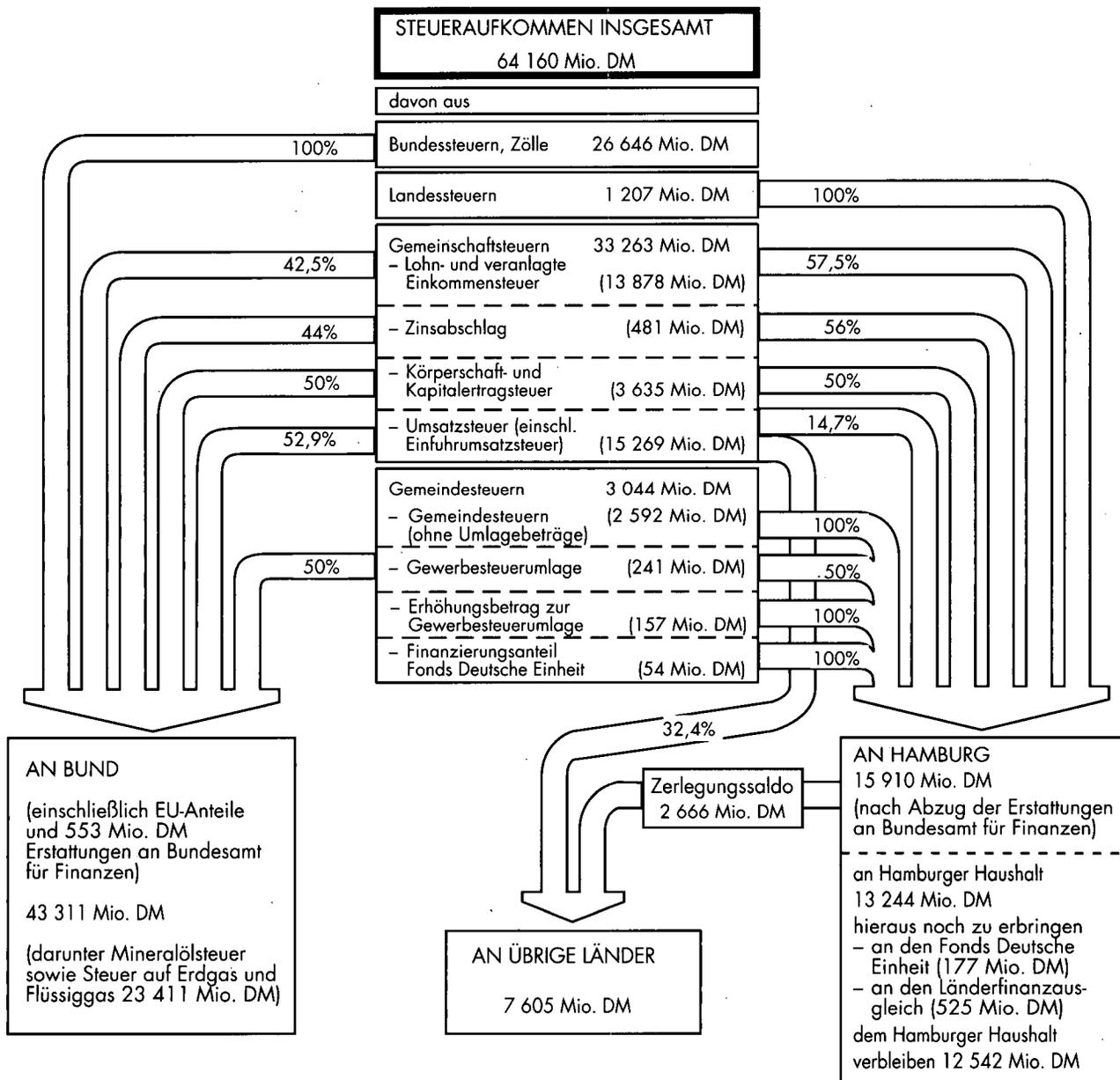
Die Seegüterumschlagsmenge insgesamt betrug 76,3 Millionen Tonnen und lag knapp unter dem Rekordergebnis des Jahres 1997 (minus 0,3 Prozent). Der **Empfang** belief sich auf 47,3 Millionen Tonnen, 1,6 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Im **Versand** wurde ein Plus von 1,9 Prozent erzielt und mit fast 29 Millionen Tonnen die höchste je erreichte Jahresmenge verladen.

Bei den in Containern verpackten Gütern sind im Jahr 1998 Mengenzuwächse von durchschnittlich knapp einem Prozent gegenüber 1997 festzustellen. Umschlagseinbußen gab es bei Massengütern. Ausschlaggebend für das Minus von 1,4 Prozent war der um fast zwei Millionen Tonnen geringere Umschlag von Kraftstoffen und Heizöl. Er erreichte „nur“ noch sechs Millionen Tonnen, hauptsächlich, weil die Versorgung der Raffinerie Leuna in Halle an der Saale ab 1998 nicht mehr über den Hamburger Hafen erfolgte.

Der Getreideumschlag wurde dagegen kräftig gesteigert. Mit 1,7 Millionen Tonnen lag das Ergebnis 1998 um mehr als das Doppelte über der Vorjahresmenge.

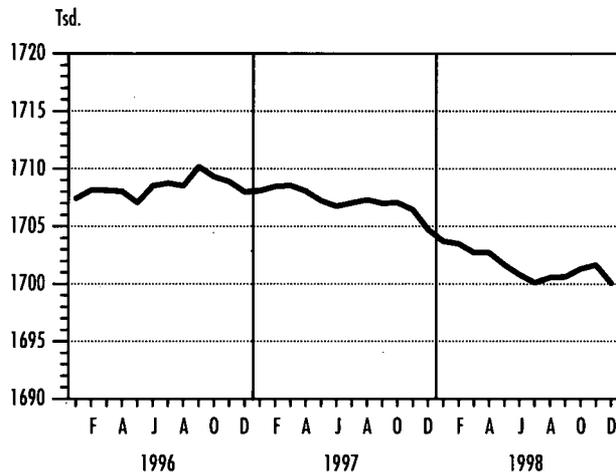
Peter Lange

Steueraufkommen und Steuereinnahmen Hamburgs 1998

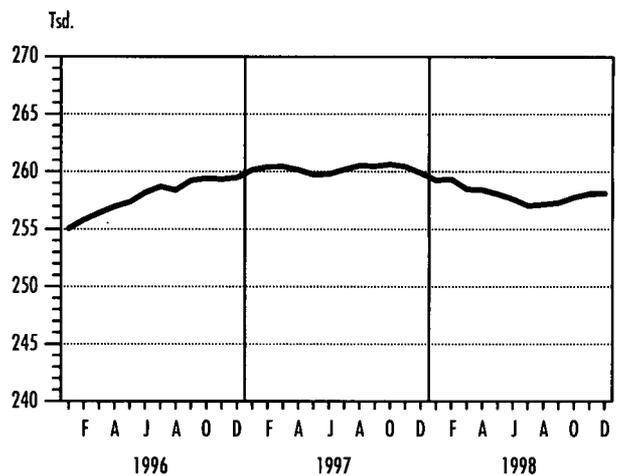


Zwischen dem Steueraufkommen einer Gebietskörperschaft und deren haushaltswirksamen Steuereinnahmen bestehen in der Regel beachtliche Unterschiede. Diese rühren daher, dass das Aufkommen von dem zweckmäßigsten Verfahren bei der Erhebung bestimmt wird, während die Einnahmen der einzelnen Gebietskörperschaften – Bund/Land/Gemeinde – nach der verfassungsmäßigen Funktionszuordnung bzw. gesetzlichen Aufgabenstellung erfolgen. Entsprechend wird zwischen reinen Bundes-, Landes- oder Gemeindesteuern und Gemeinschaftsteuern unterschieden. Das vorstehende Schaubild zeigt am Beispiel Hamburgs für das Jahr 1998, wie sich das regionale Steueraufkommen von insgesamt 64,2 Milliarden DM auf diese vier Grundkategorien aufteilt (Gemeinschaftsteuern 33,3 Milliarden DM, Bundessteuern 26,6 Milliarden DM, Gemeindesteuern 3,0 Milliarden DM und Landessteuern 1,2 Milliarden DM) und wie sich diese Ströme auf die einzelnen Ebenen verteilen (Bundes- und EU-Haushalt 43,3 Milliarden DM, übrige Landeshaushalte 7,6 Milliarden DM und Hamburger Haushalt 13,2 Milliarden DM). Eine Hamburger Besonderheit ist, dass Landes- und Gemeindehaushalt nicht getrennt werden. Dementsprechend sind auch bei den Einnahmen, die dem Hamburger Haushalt zufließen, Landes- und Gemeindeanteile zusammengefasst dargestellt.

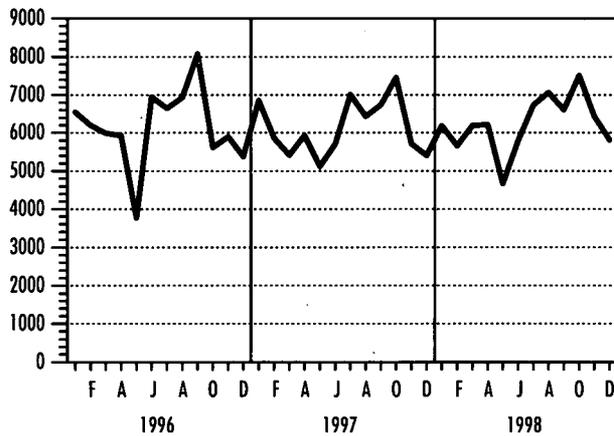
Bevölkerung insgesamt



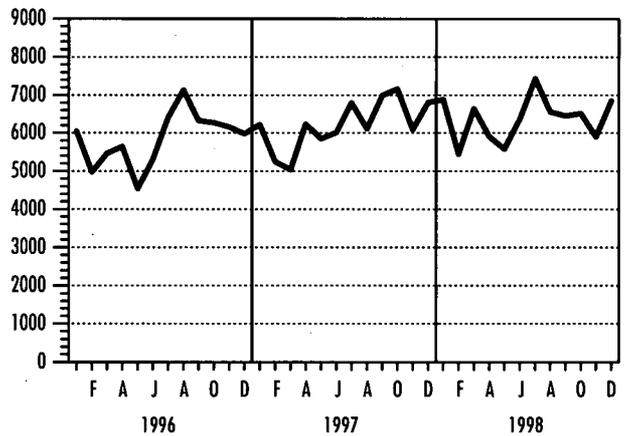
Zahl der Ausländer und Ausländerinnen



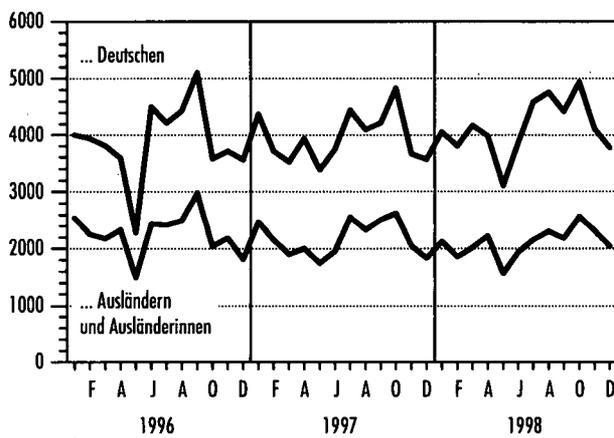
Zuzüge insgesamt



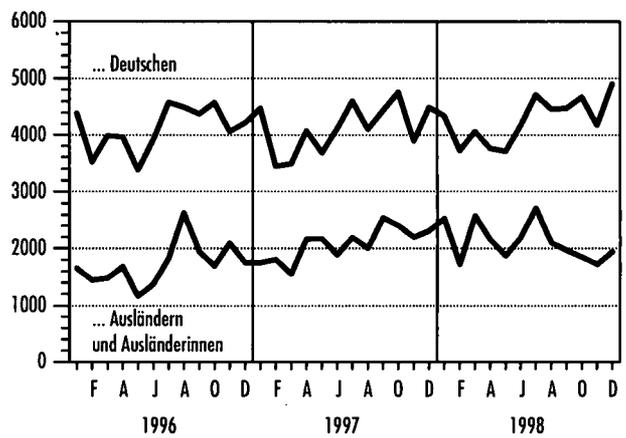
Fortzüge insgesamt



Zuzüge von ...



Fortzüge von ...



Unternehmensorientierte Dienstleistungen in westdeutschen Großstadtreionen

Hamburg im Vergleich

Innovative unternehmensorientierte Dienstleistungen spielen für die Wettbewerbsfähigkeit von Großstadtreionen eine bedeutende Rolle. Diese äußerte sich bis Mitte der achtziger Jahre insbesondere in ihrer Verknüpfung mit dem regionalen Industriesektor. Der folgende Artikel zeigt, dass dieser Verflechtungszusammenhang in den westdeutschen Agglomerationsräumen seit Ende der achtziger Jahre nicht mehr ohne Einschränkungen gegeben ist: Die Regionen spezialisieren sich zunehmend in unternehmensorientierten Dienstleistungen. In Hamburg wird diese Entwicklung am Beispiel der Werbewirtschaft deutlich. An der Werbung kann man aber auch sehen, dass die Entkopplung der Dienstleister von der regionalen Industrie neue Formen der regionalen Verflechtung zum Beispiel mit der Medienwirtschaft mit sich bringt.

Einleitung

Modernen wissensintensiven Dienstleistungen wird gemeinhin eine Schlüssel-funktion für die Wettbewerbsfähigkeit von Städten und Regionen zugeschrieben. Es wird unterstellt, dass solche in der Regel „unternehmensorientierten“ Dienstleistungen in doppelter Weise auf die regionale Wirtschaft wirken: Zum einen stellen sie selbst den am stärksten wachsenden Wirtschaftsbereich dar, zum anderen beeinflussen sie als „hochwertiger“ Input die Innovationsfähigkeit anderer Wirtschaftsbereiche positiv und induzieren damit regionales Wachstum.

In mehreren empirischen Studien für den Zeitraum von Mitte der siebziger bis Ende der achtziger Jahre wurde festgestellt, dass sich eine derartige Wechselbeziehung besonders positiv auf die regionale Industrie auswirkte¹. So wurde damals vor dem Hintergrund des sich verfestigenden Süd-Nord-Gefälles in Westdeutschland gezeigt, dass in den süddeutschen Großstadtreionen hochwertige Unternehmensdienste wie auch der Industriesektor ein deutlich überdurchschnittliches Wachstum aufwiesen. Als wichtigster Erklärungsansatz dieser Parallelität wurde die sogenannte „Interaktionsthese“² formuliert, nach der nicht nur einseitig die Dienstleistungen Wachstum der Industrie zur Folge haben, sondern eine wachsende Industrie ihrerseits erhöhte Nachfrage nach hochwertigen Dienstleistungsinputs produziert. Erfolgreiche Regionen zeichneten sich demnach durch einen sich gegenseitig verstärkenden Wachstumsprozess

von Dienstleistungs- und Industriesektor aus.

Für Hamburg wurde vor diesem Hintergrund argumentiert, dass eine traditionelle Dienstleistungsorientierung nicht per se als besonders gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels gelten könne. Wichtiger schien vielmehr die Verzahnung innovativer Dienstleistungen mit der sonstigen regionalen Wirtschaft, die insbesondere für die achtziger Jahre in Hamburg nicht stark ausgeprägt war. In unseren eigenen Untersuchungen von Anfang der neunziger Jahre konnten wir aufzeigen, dass Hamburg speziell beim Wachstum der innovativen Dienstleistungen – mit Ausnahme der Werbewirtschaft – hinter den anderen Dienstleistungsmetropolen Westdeutschlands zurückblieb³. Unsere Erklärungen für diesen Rückstand gingen damals in zwei Richtungen: Der Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen sei zum einen zu stark an die traditionellen, im Schrumpfungsprozess befindlichen Industriebereiche Hamburgs gekoppelt. Die Verflechtungslogik des sich gegenseitig verstärkenden Wachstums funktionierte in Hamburg somit gewissermaßen in die entgegengesetzte Richtung. Auf der anderen Seite – so das zweite Argument – waren zwar neue industrielle Wachstumsinseln entstanden; diese waren aber nur in sehr begrenztem Maße in der Lage, das Wachstum entsprechender innovativer Dienstleistungen in der Region zu induzieren.

Auch durch den Boom, den die Wirtschaft Hamburgs im Zuge der deutschen

Wiedervereinigung erlebte, änderten sich diese Schwächen nicht grundlegend. Neueste empirische Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) über den Hamburger Dienstleistungssektor⁴ deuten darauf hin, dass zumindest eine sowohl zeitlich als auch sektoral differenzierte Betrachtung erforderlich ist, will man die strukturellen Voraussetzungen Hamburgs angesichts eines sich zunehmend beschleunigenden Strukturwandels beurteilen. So wird in der genannten Studie konstatiert, dass sich in der Zeit vor 1989 die Beschäftigung im Bereich der „sonstigen Dienstleistungen“ in Hamburg, unter dem auch die innovativen unternehmensorientierten Dienstleistungen subsumiert werden, verglichen mit den süd- und westdeutschen Großstädten erheblich langsamer entwickelte. Im Zeitraum von 1989 bis 1996 konnte Hamburg mit stärkeren Wachstumsraten seinen Rückstand in diesem Bereich etwas aufholen. Die traditionell in Hamburg wichtigen Dienstleistungsbereiche „Verkehr, Nachrichtenübermittlung“ sowie „Kreditinstitute, Versicherungen“ dagegen setzten ihren negativen Beschäftigungstrend der achtziger Jahre auch in den neunziger Jahren fort⁵.

Dieser Artikel greift den Bereich der „sonstigen Dienstleistungen“ auf und differenziert ihn weiter, um genauer abschätzen zu können, wie sich die Wirtschaft Hamburgs gerade bei den innovativen unternehmensorientierten Dienstleistungen im Vergleich zu den übrigen westdeutschen Agglomerationsräumen entwickelt hat. Diese als besonders „hochwertig“ an-

Beschäftigte in interaktiven Dienstleistungen und in der Industrie in westdeutschen Großstadregionen

Regionale Veränderungsdaten 1980 bis 1987 in %

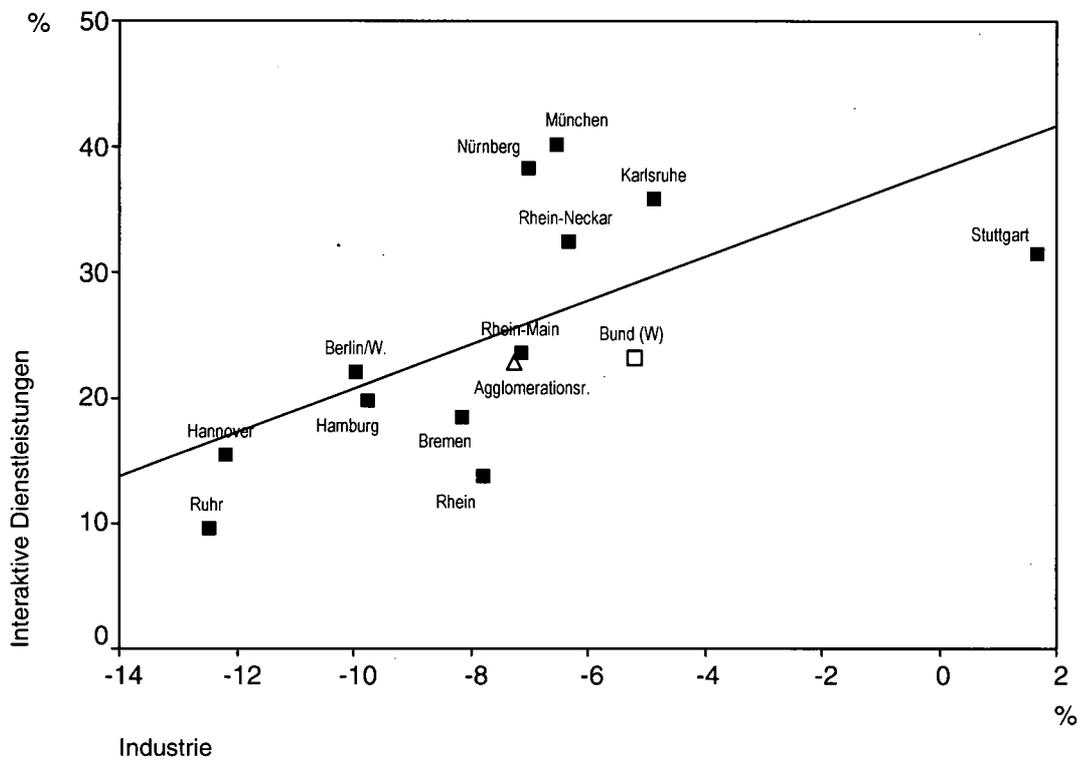


Schaubild 1

gesehenen Dienste werden im folgenden in Anlehnung an die oben skizzierte „Interaktionsthese“ unter dem Begriff der „interaktiven Dienstleistungen“ zusammengefasst. In der Beschäftigtenstatistik, die wir als Datengrundlage verwenden, verbergen sich dahinter die fünf Wirtschaftsklassen „Rechtsberatung“, „Unternehmensberatung und Wirtschaftsprüfung“, „Architektur- und Ingenieurbüros“, „Chemische Laboratorien“ sowie „Wirtschaftswerbung“, die sowohl als Aggregat als auch in differenzierter Form betrachtet werden. In räumlicher Hinsicht bilden die zwölf wichtigsten Agglomerationsräume Westdeutschlands inklusive West-Berlins die Untersuchungseinheiten⁶. Bei dieser Abgrenzung besteht beispielsweise die Region Hamburg aus dem Stadtstaat zuzüglich den sechs Umlandkreisen. In zeitlicher Hinsicht wird die Pe-

riode von 1980 bis 1997 in drei Teilabschnitten (1980 bis 1987, 1987 bis 1992, 1992 bis 1997) untersucht, um damit den Schwerpunkt auf die Veränderungen in der Entwicklungsdynamik unterschiedlicher Regionen zu legen.

Die folgenden Ausführungen sind in zwei Abschnitte unterteilt. Zunächst soll auf der Grundlage einer vergleichenden Betrachtung der Agglomerationsräume Westdeutschlands die räumliche Dynamik der interaktiven Dienstleistungen im allgemeinen sowie die Rolle Hamburgs in diesem Kontext herausgearbeitet werden. In einem weiteren Schritt wird im Rahmen einer modifizierten Shift-Analyse diese Verortung noch einmal aus der direkten Sichtweise Hamburgs vorgenommen; die Region wird in ihrer Dynamik dabei direkt mit der Entwicklung der Agglomerationsräume insgesamt in Beziehung ge-

setzt. Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse und ihre Relevanz für Hamburg noch einmal zusammengefasst.

Interaktive Dienstleistungen in den Agglomerationen Westdeutschlands: eine vergleichende Analyse

Die einleitend skizzierte „Interaktionsthese“ wurde auf der Grundlage eines statistischen Zusammenhangs von Wachstumsraten unterschiedlicher Wirtschaftsbereiche formuliert und auch überprüft. *Schaubild 1* spiegelt – auf Basis unserer eigenen Berechnungen – für den Zeitraum von 1980 bis 1987 weitgehend die Ergebnisse der damaligen Studien wider. Es fällt deutlich die Zweiteilung zwischen nord- und süddeutschen Großstadregionen auf. Zusätzlich ist die zunehmende industrielle

Beschäftigte in interaktiven Dienstleistungen und in der Industrie in westdeutschen Großstadregionen

Regionale Veränderungsraten 1987 bis 1992 in %

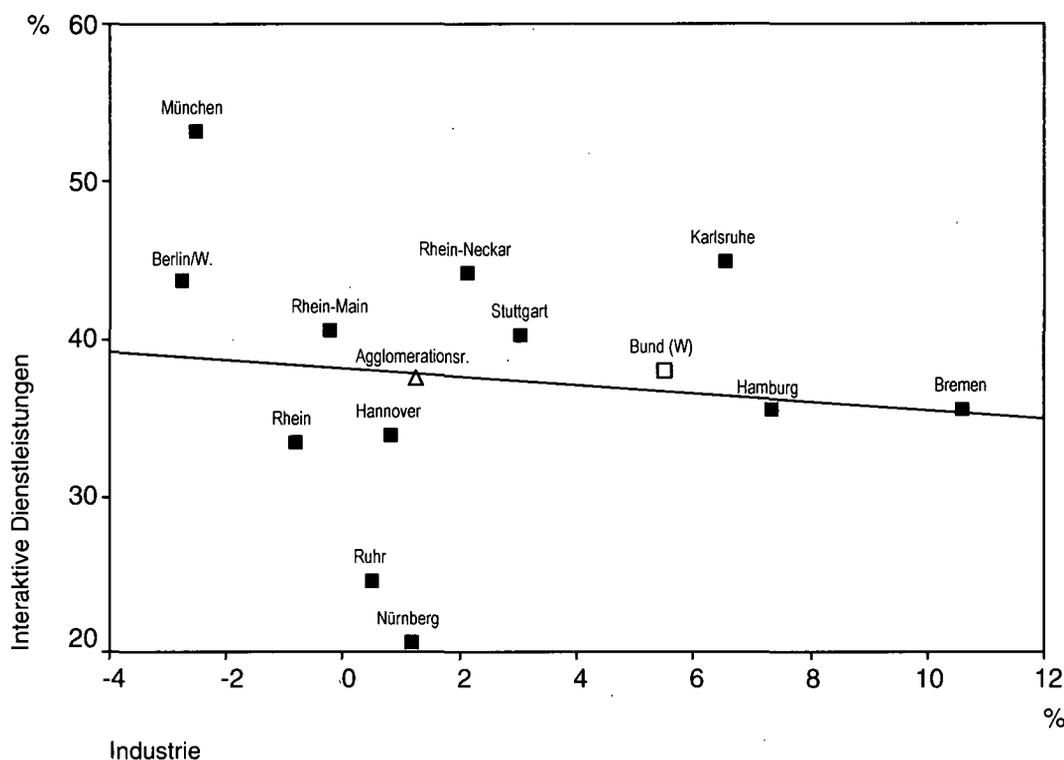


Schaubild 2

Spezialisierung Stuttgarts sowie eine durchschnittliche Positionierung der Region Rhein-Main erkennbar. Mathematisch-statistisch läßt sich der Hinweis auf einen Zusammenhang über den Korrelationskoeffizienten darstellen: dieser liegt mit 0,63 deutlich im positiven Bereich⁶.

Natürlich ist auf Basis dieser rein deskriptiv-statistischen Analyse kein direkter Rückschluss auf tatsächliche Interaktionen zwischen Unternehmen möglich. Gleichwohl implizieren die Ergebnisse, dass sich in den einzelnen Regionen Prozesse abgespielt haben, die nicht auf einzelne Branchenentwicklungen zurückzuführen sind; sie legen somit nahe, dass die Dynamik der Regionen diese Prozesse maßgeblich mitprägt.

Betrachtet man indes die Entwicklung in der zweiten Teilperiode von 1987 bis 1992, so ist die zunächst festgestellte Logik

offensichtlich nicht mehr gegeben (Schaubild 2). Der „Vereinigungsboom“ scheint sich in sehr viel differenzierterer Form auf die Agglomerationsräume ausgewirkt zu haben; das Süd-Nord-Gefälle ist nur noch rudimentär in der geringen Dynamik der Regionen „Ruhr“, „Rhein“ und „Hannover“ erkennbar. Auffällig abweichend entwickeln sich dagegen Hamburg und Bremen, wo im Gegensatz zu den anderen Regionen bei niedrigem Wachstum der hochwertigen Produktionsdienste die Industrie sogar leicht wächst. München dagegen zeigt das genau umgekehrte Entwicklungsmuster. Auffällig sind auch die nachvollziehbare Deindustrialisierung West-Berlins sowie die schwache Dynamik Nürnbergs im Bereich der interaktiven Dienste. Der Korrelationskoeffizient zeigt mit $-0,12$ keinen nachweisbaren Zusammenhang.

Noch krasser fällt die Veränderung im letzten Teilabschnitt von 1992 bis 1997, also in einer Phase allgemeinen Beschäftigtenabbaus, aus. Die negative Steigung der Regressionsgeraden zeigt eindrucksvoll, wie sich der regionale Zusammenhang zwischen hochwertigen Diensten und Industrie der beginnenden achtziger Jahre in den Neunzigern offensichtlich entkoppelt hat (Schaubild 3). Der Korrelationskoeffizient beträgt für den Zeitraum $-0,72$. Nimmt man allerdings West-Berlin als deutlich erkennbaren Ausreißer aus der Rechnung, so sinkt (beziehungsweise steigt) der Wert auf $-0,45$, was immer noch auf einen mittleren negativen Zusammenhang hindeutet. Abgesehen von Berlin, dessen Entwicklungsdynamik leicht mit der neuen Hauptstadtfunction erklärbar ist, überrascht der relative Einbruch Münchens sowie die genau entge-

Beschäftigte in interaktiven Dienstleistungen und in der Industrie in westdeutschen Großstadtregionen

Regionale Veränderungsrate 1992 bis 1997 in %

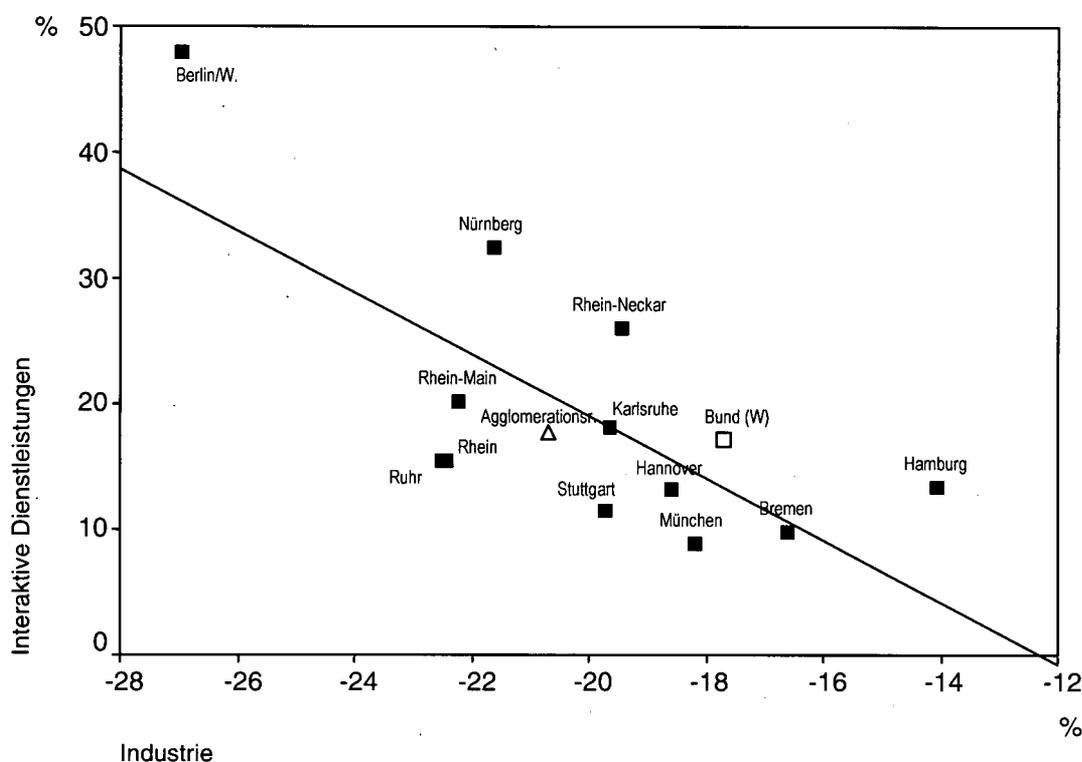


Schaubild 3

engesetzte Tendenz Nürnbergs⁸. Hamburgs Industriebereich schrumpft wieder, allerdings langsamer als in den übrigen Agglomerationsräumen, und die interaktiven Dienstleistungen setzen ihre vergleichsweise bescheidene Dynamik weitgehend fort.

Ausgehend von diesen ersten Ergebnissen sind theoretisch zwei Schlussfolgerungen möglich:

- 1) Der „regionale Zusammenhang“, der für den Zeitraum von Mitte der siebziger bis etwa Mitte der achtziger Jahre festgestellt und in Form der Interaktionsthese theoretisiert wurde, existiert nicht mehr für den Bereich der Industrie, da die Deindustrialisierung inzwischen soweit fortgeschritten ist, dass die unternehmensorientierten Dienstleistungen ihre Kunden überwiegend in

anderen Dienstleistungssektoren haben. Man könnte somit von einer „sektoralen Entkopplung“ sprechen.

- 2) Der in der Interaktionsthese formulierte Zusammenhang findet nicht mehr seinen Ausdruck innerhalb der Großstadtregionen. Unterschiedliche Wirkungsmechanismen haben dazu geführt, daß hochwertige Dienstleistungen nicht mehr überwiegend regional, sondern überregional nachgefragt werden; die Regionen spezialisieren sich somit inzwischen in den einzelnen Dienstleistungssektoren. In diesem Fall müßte man die Veränderungsprozesse als „räumliche Entkopplung“⁹ beschreiben.

Testrechnungen, in denen die Beschäftigtenveränderung in der Industrie durch die Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft

ersetzt wurden, führten zu nahezu identischen Ergebnissen wie die in den *Schaubildern 1 bis 3* dargestellten. Damit erweist sich die erste These der ‚sektoralen Entkopplung‘ zumindest als dominanter Trend als nicht besonders stichhaltig. Vieles spricht somit für die These der räumlichen Entkopplung, verbunden mit einer Neuspezialisierung zumindest einiger Regionen. Allerdings wäre es vorschnell, allein über die Betrachtung von prozentualen Wachstumsraten endgültige Schlüsse zu ziehen. Hierbei besteht die Gefahr, dass Niveaueffekte das Bild erheblich verzerren, das heißt Regionen mit einem niedrigen Besitz in einem Wirtschaftszweig schon bei geringem absoluten Wachstum hohe prozentuale Raten verzeichnen. Daher ist es notwendig, nun einen Analyse-schritt folgen zu lassen, der die Anteilsveränderungen der Regionen in den einzel-

Ranking der Standortkoeffizienten westdeutscher Großstadtreionen - Interaktive Dienstleistungen -

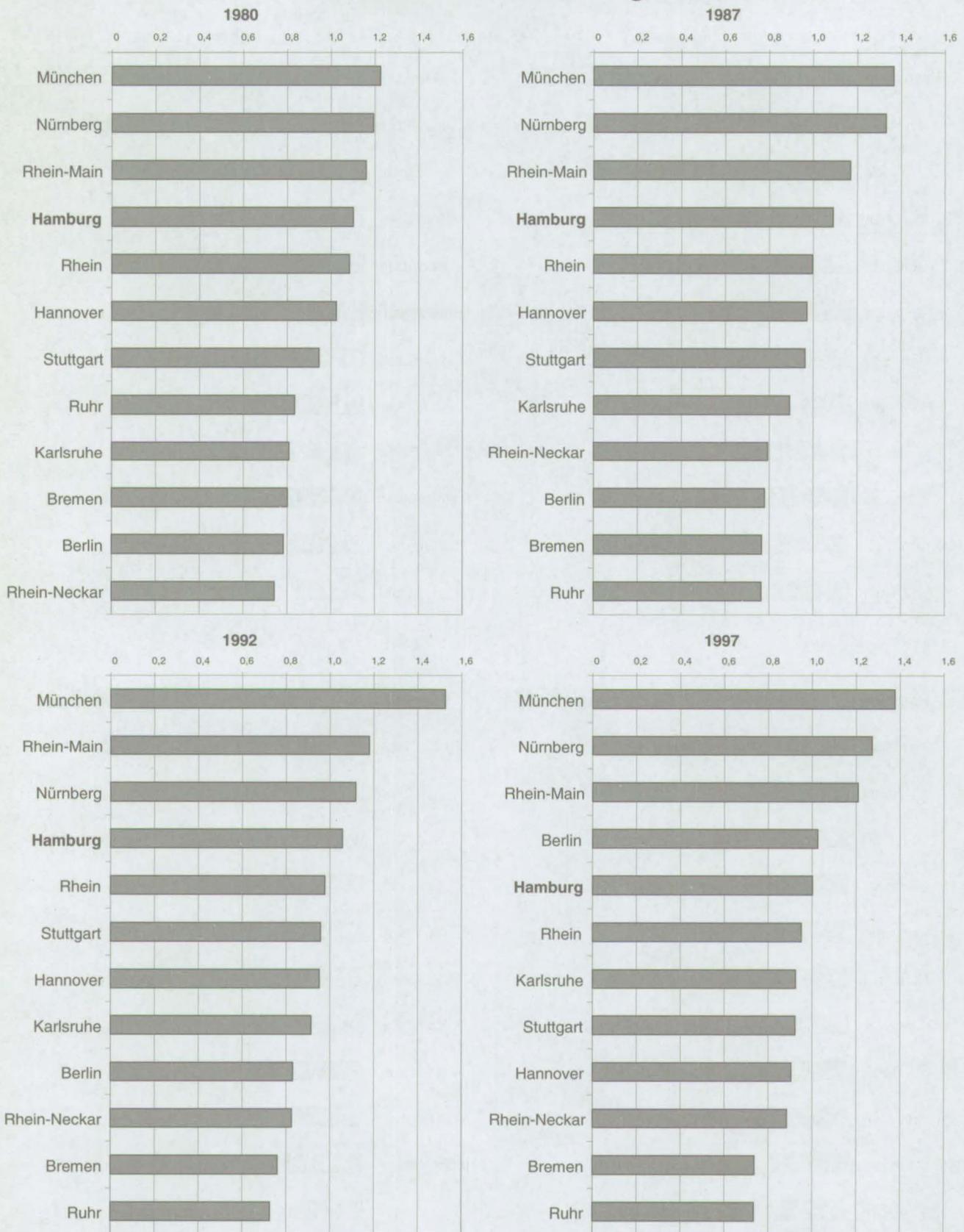


Schaubild 4

Ranking der Standortkoeffizienten westdeutscher Großstadtreionen - Wirtschaftswerbung -



Schaubild 5

nen Wirtschaftsbereichen berücksichtigt. Hierbei bietet sich der „Standortkoeffizient“ als geeignetes Maß an, da er das Gewicht eines Wirtschaftszweiges in einer Region mit dem Gewicht des Wirtschaftszweiges im jeweils betrachteten Gesamt- raum „eicht“. Der Standortkoeffizient liegt bei eins, wenn der Anteil eines Wirtschaftszweiges in der Region dem Durchschnitt des Gesamt- raumes entspricht. Werte über und unter eins bedeuten entsprechend jeweils einen über- beziehungsweise unterdurchschnittlichen Besatz. Der Koeffizient gibt somit gewissermaßen den Spezialisierungsgrad einer Region in einem Wirtschaftszweig an.

Da eine isolierte Betrachtung einzelner Regionen in der Zeitreihe wenig aussagekräftig ist, wird der Standortkoeffizient an dieser Stelle immer im Gesamtzusammenhang über alle Regionen hinweg benutzt. Die räumliche Bezugsbasis besteht dabei in der Gesamtheit aller Agglomerationsräume. So lassen sich die Regionen für die jeweils betrachteten Jahre in einem Ranking darstellen, und jeder Veränderung in einem Teilraum stehen Veränderungen in den anderen Teilräumen gegenüber. Entsprechend bestimmt weniger die Bewertung der einzelnen Region das Ergebnis, sondern die Spezialisierung zwischen den Regionen, die aus der „Gestalt“ des Diagrammes und aus der Rangfolge ersichtlich ist.

Schaubild 4 zeigt dieses Ranking für die Gesamtheit der interaktiven Dienstleistungen in seiner Veränderung über die Jahre 1980, 1987, 1992 und 1997. Man kann erkennen, dass sich ein weitgehend ausgeglichenes Bild von 1980, mit einer breiten Spitzengruppe, bis 1992 kontinuierlich polarisiert hat. München setzt sich deutlich ab, und Rhein-Main scheint sich als zweites Zentrum zu etablieren. Die Phase der Beschäftigtenabnahme von 1992 bis 1997 zeigt dagegen wieder deutlich nivellierende Tendenzen unter den drei führenden Regionen München, Nürnberg und Rhein-Main, wobei Nürnberg überraschend die zweite Stelle einnimmt. Auffällig ist auch die zunehmende Bedeutung Berlins, die sich schon bei den Wachstumsraten angedeutet hatte. Die Position Hamburgs bleibt im gesamten Zeitraum weitgehend unverändert, es wird lediglich in den letzten fünf Jahren von Berlin überholt. Allerdings nähert sich Hamburg von

seinem Gewicht her kontinuierlich dem „Mittelfeld“ (mit einem sogar genau durchschnittlichen Wert „1“ im Jahr 1997).

Indessen gestaltet sich das Ranking deutlich anders, wenn man die sektorale Betrachtung weiter differenziert. Die *Schaubilder 5* und *6* wiederholen die Darstellung des Standortkoeffizienten für zwei wichtige Teilwirtschaftszweige der interaktiven Dienstleistungen, nämlich die „Wirtschaftswerbung“ und die „Architektur- und Ingenieurbüros“, wobei letzterer durch die explizite Aufführung der Architektur etwas mißverständlich ist: Sie macht nur etwa 20 Prozent der Gesamtbeschäftigung in dieser Wirtschaftsklasse aus. Für Hamburg sind beide Bereiche insofern von besonderer Bedeutung, als die Stadt im Bereich der kreativen, designorientierten Dienste, die vom ersten Wirtschaftszweig repräsentiert werden, als besonders erfolgreich gilt, im Bereich der technisch orientierten Dienstleistungen ihr dagegen immer eine unterdurchschnittliche Dynamik attestiert wurde.

In der Tat lassen sich beide Rollen Hamburgs im Ranking der Agglomerationsräume deutlich ablesen. Die Werbebranche ist dabei schon 1980 durch eine polarisierte Struktur gekennzeichnet, in der die Regionen Rhein-Main und Hamburg die Spitzengruppe darstellen. Bis 1992 scheint sich die Branche dann in Hamburg spürbar stärker zu entwickeln, und ähnlich wie bei der Gesamtheit der interaktiven Dienstleistungen kommt es danach zu Angleichungstendenzen in der Spitzengruppe.

Bei den technischen Dienstleistungen rangiert Hamburg klar am unteren Ende der Skala, was sich im Zeitverlauf offensichtlich weiter verfestigt. Im Gesamtvergleich zwischen den zwölf Agglomerationsräumen ist jedenfalls noch nicht erkennbar, dass die Region Hamburg nach dem Wegfall der traditionell auf Schiffbau ausgerichteten Ingenieurdienstleistungen bei der Beschäftigtenentwicklung neue Impulse in Richtung High-Tech bekommt. Man kann dagegen erkennen, dass im Falle von München eine eindeutige Spezialisierung in diese Richtung festzustellen ist. Lediglich Nürnberg kann mit der Region um die bayerische Landeshauptstadt Schritt halten, während sowohl Frankfurt als auch Stuttgart deutlich zurückfallen. Wiederum bemerkenswert

sind die Bedeutungsgewinne Berlins sowie der Region Rhein-Neckar nach 1992. Auch in diesem Wirtschaftszweig ist, nachdem der „Vereinigungsboom“ offensichtlich zu einer starken Profilierung zwischen den Agglomerationsräumen geführt hatte, in der Phase abnehmender Beschäftigung nach 1992 eine leichte Reduzierung der Differenzierung feststellbar. Grundsätzlich ändert sich an der polarisierten Struktur gleichwohl auch im letzten betrachteten Teilzeitraum nichts.

Die These von der räumlichen Entkopplung der hochwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen wird durch die Untersuchung der relativen Anteilsveränderungen in den Agglomerationsräumen weiter untermauert. Allerdings handelt es sich bei dieser Entkopplung keinesfalls um einen sich gleichförmig und in gleichen Zeitrhythmen abspielenden „automatischen“ Prozeß. Je differenzierter die Analyse wird, desto vielfältiger sind auch die erkennbaren Dynamiken, die in den einzelnen Regionen wirksam werden. Nachdem die Arbeitsteilung zwischen den westdeutschen Agglomerationsräumen in den siebziger und frühen achtziger Jahren offensichtlich sehr stark auf die traditionellen, eher industriellen Prägungen ausgerichtet war, scheint sich seit dem Ende der achtziger Jahre eine neue Profilierung auf der Grundlage spezialisierter Dienstleistungen abzuzeichnen.

Entwicklungsdynamik interaktiver Dienstleistungen in Hamburg

In unseren Studien zu Beginn der neunziger Jahre zeigten wir den Entwicklungsrückstand Hamburgs im Vergleich zu den vier wichtigsten westdeutschen Dienstleistungsmetropolen insbesondere anhand eines negativen ‚Standorteffektes‘ auf. Dieser Effekt kommt ursprünglich aus der Shift-Share-Analyse und stellt gewissermaßen den „Beitrag der Region“ zur regionalen Beschäftigtenveränderung in einem Wirtschaftszweig dar¹⁰. Der Standorteffekt wird als Differenz zwischen dem tatsächlichen Wachstum eines Wirtschaftszweigs und einem hypothetischen Wachstum, das er gehabt hätte, wenn er sich in der Region genauso entwickelt hätte wie im Gesamt- raum, berechnet.

Ranking der Standortkoeffizienten westdeutscher Großstadregionen - Architektur- und Ingenieurbüros -



Schaubild 6

Da in unserer Analyse die deskriptiv-vergleichende Betrachtung Hamburgs im Kontext der westdeutschen Großstadtreionen gegenüber der Darstellung unterschiedlicher Wachstumskomponenten im Vordergrund steht, benutzen wir hier das Aggregat der zwölf westdeutschen Agglomerationsräume als Gesamttraum. Zusätzlich soll wiederum durch die Zerlegung des Gesamtzeitraums in die drei in den vorherigen Analyseschritten verwendeten Teilperioden die Veränderung des Standorteffektes zentralgestellt werden. Nimmt man zur Erläuterung in *Schaubild 7* die Entwicklung der interaktiven Dienstleistungen im Zeitraum von 1980 bis 1987 als Beispiel, so steht einer absoluten Beschäftigtenzunahme von 5722 Beschäftigten ein Standorteffekt von -1481 gegenüber. Wenn die interaktiven Dienstleistungen in Hamburg sich in dem betrachteten Zeitraum mit der gleichen Dynamik verändert hätten wie die Gesamtheit der Agglomerationsräume, so hätten die Beschäftigten also um $5722 + 1481 = 7203$ zunehmen müssen.

Bei einer Gesamtbetrachtung der Ergebnisse aus *Schaubild 7* wird auch hier deutlich, dass eine relativ gleichmäßig verlaufende, mit Ausnahme des Vereinigungsbooms wenig dynamische Entwicklung der Gesamtgruppe bei weiterer Differenzierung erhebliche Unterschiede aufweist. Betrachtet man beispielsweise die schon oben genauer untersuchten Wirtschaftszweige „Wirtschaftswerbung“ und „Architektur- und Ingenieurbüros“, so entdeckt man eine nahezu spiegelbildlich verlaufende Dynamik. Die Werbebranche expandiert nach einer leicht positiven Entwicklung in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in der Boomphase von 1987 bis 1992 sehr stark, verliert anschließend im interregionalen Vergleich aber wieder Anteile. Demgegenüber beginnen die technischen Dienstleistungen mit absolutem Beschäftigtenverlust, der sich indessen zunächst absolut und im letzten Teilzeitraum auch beim Standorteffekt ins Positive wendet.

Die Erklärungen für diese scheinbar zyklischen Entwicklungsverläufe sind komplex. Im Fall der Werbung hat offensichtlich das Zusammentreffen von Privatisierung des Fernsehens und Wiedervereinigung Hamburg zum bundesdeutschen Werbezentrum gemacht. Nach 1992 dürf-

ten es zum einen Rationalisierungseffekte sein, die sich dämpfend auf den Boom ausgewirkt haben. Zum anderen schlägt sich durch Zweigstellengründungen der Hamburger Werbeagenturen in anderen Agglomerationsräumen ihre Entwicklung nicht mehr in überdurchschnittlichem regionalen Beschäftigungswachstum nieder.

Bei den Ingenieurdienstleistungen bekräftigt die Schrumpfung in Hamburg zu Beginn der achtziger Jahre die eingangs skizzierten Thesen, dass dieser Bereich sehr stark mit den traditionellen Industrien verknüpft war und von den hochtechnologischen Wachstumsinseln noch keine ähnlichen Verknüpfungen ausgehen konnten. Die positive Wende in diesem Bereich nach 1992 kann – auch aufgrund des geringen absoluten Wachstums – durch die schlechte Entwicklung der Ingenieurdienste in den anderen Großstadtreionen verursacht worden sein. Hamburgs überdurchschnittliche Dynamik wäre damit als Sättigungseffekt auf der Seite der westdeutschen High-Tech-Metropolen und als Prozess des eigenen nachträglichen Aufholens zu beschreiben. Grund für den leichten Umschwung kann aber auch sein, dass sich – in einem Zusammenwirken von Outsourcingstrategien seitens der Hamburger Technologieindustrien und ersten „Früchten“ forschungs- und technologieorientierter Regionalpolitik – eine neue technologisch ausgerichtete Spezialisierung Hamburgs andeutet. In welche der möglichen Richtungen die jüngste Entwicklung der technischen unternehmensorientierten Dienstleistungen zu interpretieren ist, bleibt auf der Grundlage der bisherigen Analysen unklar und lässt sich letztlich nur durch eigene Erhebungen und Vor-Ort-Forschung feststellen. Fest steht, dass der Umschwung bei den Wachstumsraten Hamburgs Position im Gesamtzusammenhang der Agglomerationsräume noch nicht verbessert hat (siehe *Schaubild 6*).

Eine zunehmend negative Dynamik weist der zahlenmäßig wichtigste Teilbereich der interaktiven Dienstleistungen, die Wirtschaftsklasse „Unternehmensberatung / Wirtschaftsprüfung“ in der Region Hamburg auf. Hier sind die in der DIW-Studie konstatierten Aufholprozesse im Bereich der „sonstigen Dienstleistungen“ nicht feststellbar. Dies ist umso beachtenswerter, als die ökonomisch orientierten

interaktiven Dienstleistungen in der Entwicklung der Agglomerationsräume insgesamt als einzige der betrachteten Wirtschaftsklassen auch bei abnehmender Gesamtbeschäftigung von 1992 bis 1997 ihre Wachstumsraten deutlich steigern konnten. Es ist Hamburg nicht gelungen, von dieser Steigerung zu profitieren. Der absolute Beschäftigtenzuwachs bleibt hinter der Boomphase des zweiten Teilzeitraums deutlich zurück und fällt gegenüberdem „hypothetischen“ Wachstum sogar um rund 3900 Beschäftigte ab.

Dieser Entwicklungsverlauf lässt sich auf der Grundlage der vorhandenen Daten nicht eindeutig erklären. Das liegt vor allem daran, dass die Wirtschaftsklasse sehr heterogen besetzt ist: Unter ihr werden sowohl der stark gesetzlich regulierte – und daher tendenziell gleichmäßig wachsende – Bereich der Wirtschaftsprüfung als auch hochspezialisierte Dienstleistungen, wie zum Beispiel solche aus dem Finanzsektor oder der Datenverarbeitung, subsumiert. Die Wirtschaftszweigsystematik der Beschäftigtenstatistik lässt eine notwendige weitere Differenzierung nicht zu. So bleibt vorerst nur die Feststellung eines negativen Entwicklungstrends.

Die beiden übrigen Teilbereiche „Rechtsberatung“ und „chemische Laboratorien“ entwickeln sich weitgehend unauffällig. Bis 1987 liegen sie in ihren Veränderungsdaten entsprechend der schlechten Situation der gesamten Hamburger Ökonomie unter dem Durchschnitt der Agglomerationsräume, um sich danach weitgehend an deren Dynamik anzunähern. Beide Wirtschaftsklassen sind eher auf die regionale Nachfrage ausgerichtet, Spezialisierungen sind zumindest auf der Grundlage der Beschäftigtenstatistik nicht erkennbar.

Auch die Untersuchung der interaktiven Dienstleistungen aus der Perspektive Hamburgs bestätigt also die Annahme, dass sich die Rolle der interaktiven Dienstleistungen für die regionale Wirtschaft ausdifferenziert. Zusätzlich zu der schon in Abschnitt 2 dargestellten Profilierung einzelner Regionen in einzelnen Teilbereichen der hochwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen wird indes an der Entwicklung der „Architektur- und Ingenieurbüros“ in Hamburg deutlich, dass die einzelnen Wirtschaftszweige in den Regionen eigene Entwicklungsverläufe

Beschäftigtenentwicklung in interaktiven Dienstleistungen Hamburgs absolute Veränderung und die Abweichung vom Durchschnitt der Agglomerationsräume

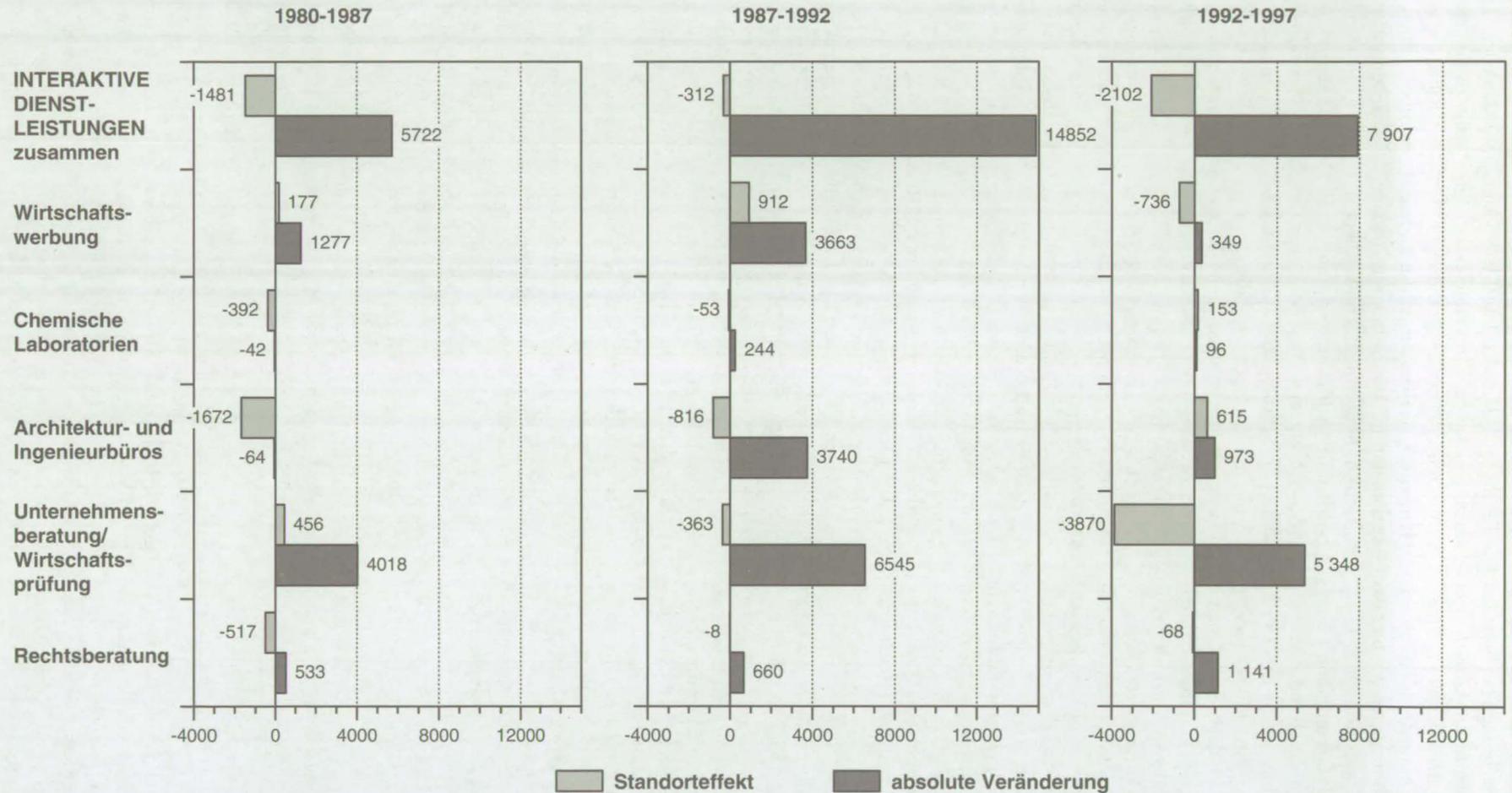


Schaubild 7

haben, die weder der Entwicklung der Region noch der des Wirtschaftszweiges folgen.

Hamburgs Rolle im deutschen Städtesystem: Zusammenfassung und Ausblick

Ziel dieses Beitrags war es, die Entwicklung der als besonders innovativ geltenden Dienstleistungsbereiche in Hamburg im Vergleich mit den übrigen westdeutschen Agglomerationsräumen zu analysieren. Dabei wurde auf die Ergebnisse mehrerer empirischer Untersuchungen aus den achtziger Jahren aufgebaut, in denen hochwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen eine strategische Rolle für die Innovationsfähigkeit der gesamten regionalen Ökonomie zugeschrieben worden war. Die hier dargestellten empirischen Befunde deuten darauf hin, dass sich diese Funktion der sogenannten interaktiven Dienste seit Mitte der achtziger Jahre ausdifferenziert hat. Die Dynamik einiger Teilbereiche dieser Dienstleistungen hat sich vom Wachstum der übrigen regionalen Wirtschaft entkoppelt. Gleichzeitig spezialisieren sich Regionen zunehmend in hochwertigen Diensten, was wiederum neue Formen regionaler Einbettung zur Folge hat. Im Vergleich der westdeutschen Agglomerationsräume hat sich seit 1980 eine deutliche Dominanz der Regionen Hamburg in der Wirtschaftsklasse „Wirtschaftswerbung“ sowie München im Bereich „Architektur- und Ingenieurbüros“ herausgebildet. In beiden Regionen werden nach 1992 erste Sättigungserscheinungen sichtbar. In diesem Sinne wirken interaktive Dienstleistungen nicht mehr primär als „Transmissionsriemen“ der regionalen Ökonomie, auch wenn in der DIW-Studie durchgeführte Befragungen von Hamburger Unternehmen ergeben haben, dass sie weiterhin mindestens ein Viertel (im Falle der Softwarehäuser sogar über 40 Prozent) ihres Outputs in der Region absetzen¹¹.

Gleichzeitig zeigt sich am Beispiel der „Architektur- und Ingenieurbüros“ in Hamburg, dass regionale Spezialisierung nicht die einzig sichtbare Tendenz ist, sondern dass sich in regionalen Ökonomien auch negative Trends in einzelnen Teilbereichen abschwächen und sogar umkehren

können. Auch wenn das überdurchschnittliche Wachstum in dieser Wirtschaftsklasse von einem sehr niedrigen Niveau ausgeht und zudem noch keinen positiven Einfluss auf die Position Hamburgs im Städte-Ranking hatte, könnte die Entwicklung der technischen unternehmensorientierten Dienstleistungen seit 1992 Ausdruck einer solchen beginnenden Trendwende sein. Allerdings ist die Klassifizierung der Beschäftigtenstatistik auch in der hier verwendeten feinstmöglichen Gliederung noch zu grob und im Dienstleistungsbereich zu wenig aktuell, um diese Entwicklung genauer charakterisieren zu können.

Man kann aus den vorliegenden Ergebnissen und aus unseren ersten Interpretationen Schlussfolgerungen auf zwei räumlichen Ebenen ziehen. Erstens zeigt sich auch in den neuesten Entwicklungen wieder einmal eine Besonderheit des dezentralen bundesdeutschen Städtesystems. Ähnliche Untersuchungen beispielsweise für Frankreich oder Großbritannien würden vermutlich ganz andere Ergebnisse hervorbringen, in denen sich lediglich das Verhältnis der beiden Hauptstädte zu den übrigen Agglomerationsräumen im Sinne einer Zentralisierung oder Dezentralisierung ändern würde. Dieser eindeutige Bezug auf eine Großstadtregion ist in Deutschland nicht gegeben; auch die hier aufgezeigten „Entkopplungstendenzen“ der unternehmensorientierten Dienstleistungen vollziehen sich auf der Grundlage einer komplexen räumlichen Arbeitsteilung zwischen den verdichteten Regionen. Gleichwohl könnte der Trend zur selektiven Polarisierung darauf hinweisen, dass unter dem Druck der Globalisierung in Deutschland gewissermaßen eine Zweiteilung des nationalen Städtesystems erfolgt, in deren Verlauf sich wenige in bestimmten hochwertigen Dienstleistungsbereichen spezialisierte Metropolen als „Flaggschiffe“ in der europäischen „Oberklasse“ etablieren, während andere Großstadtregionen weitgehend auf ihre regionalen Funktionen beschränkt bleiben.

Die Schlussfolgerungen auf der zweiten räumlichen Ebene, der Metropolregion Hamburg, gehen in unterschiedliche Richtungen. Hamburg hat sich im Zuge der Umstrukturierung der bundesdeutschen Medienlandschaft ab Mitte der achtziger Jahre zum entscheidenden natio-

nen Werbezentrum entwickelt. Zwei Tendenzen könnten diese Position in Zukunft in Frage stellen: Zum einen deutet vieles darauf hin, dass Berlin als zukünftiger Regierungs- und Parlamentssitz eine Sogwirkung im Medienbereich und nachfolgend auch bei der Werbung haben wird. Zum anderen gewinnt bei allen medienorientierten Tätigkeiten zunehmend die Schnittstelle zwischen inhaltlicher (content-) Produktion und technologischer Kompetenz an Bedeutung. Da Hamburg deutliche Defizite im technologischen Bereich aufweist und seinen Schwerpunkt im kreativen Bereich der Medienproduktion setzt, könnte hierin eine Gefahr bestehen: Schon jetzt gibt es Stimmen, die den Multimediasektor Hamburgs sich deutlich langsamer entwickeln sehen als den von Rhein-Ruhr oder München¹². Allerdings könnte der Auftrieb bei den technologieorientierten Dienstleistungen auf eine entsprechende Dynamik genau in diesem Feld hinweisen.

Insgesamt gesehen zeigen die Ergebnisse ein sehr heterogenes Bild des mit 5,5 Prozent der Gesamtbeschäftigten in Hamburg kleinen, gleichwohl stetig bedeutender werdenden Bereiches der „interaktiven Dienstleistungen“, aus dem sich keine eindeutigen Bewertungen ableiten lassen. Weder trifft pauschal die Schlussfolgerung des DIW-Gutachtens zu, dass Hamburg „in den neunziger Jahren ... seine Stellung in der Entwicklungshierarchie vor allem ... bei den sonstigen Dienstleistungen“ verbessern konnte¹³, noch geben die vorliegenden Ergebnisse Grund für die gegenteilige Behauptung. Diese fehlende Eindeutigkeit ist insbesondere dadurch bedingt, dass sich der wirtschaftliche Strukturwandel auf der regionalen Ebene viel zu differenziert vollzieht. Angesichts dieser Differenziertheit macht es keinen Sinn, von dem Dienstleistungssektor Hamburgs als homogenes Ganzes zu reden. Noch weniger kann vor diesem Hintergrund argumentiert werden, dass ein hoher Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungssektor gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung dieses Strukturwandels bietet.

Auch das in den achtziger Jahren formulierte und von uns in früheren Publikationen über Hamburg aufgegriffene Argument der Verzahnung von innovativen Dienstleistungen und regionaler Industrie

trifft vor dem Hintergrund der wachsenden Spezialisierung nicht mehr uneingeschränkt zu. Gleichwohl ist eine „kritische Masse“ regionaler Absatzbezüge weiterhin vorhanden, die den Dienstleistern gewissermaßen einen „Testmarkt“ vor der eigenen Haustür bieten kann. Darüber hinaus scheint zukünftig die Einbindung der Dienstleistungsunternehmen in Kooperationsbeziehungen mit „verwandten“ Dienstleistern sowie in eine entsprechend spezialisierte Infrastruktur an Bedeutung zu gewinnen, wie sie durch die Verflechtung von Werbebranche und Mediensektor in Hamburg seit Mitte der achtziger Jahre erfolgreich gelungen ist.

Dieter Läßle

Joachim Thiel

*Technische Universität Hamburg-Harburg
Arbeitsbereich Stadt- und
Regionalökonomie*

1 siehe hierzu Reissert, B.; Schmid, G.; Jahn, S. (1989): Mehr Arbeitsplätze durch Dienstleistungen? – Ein Vergleich der Beschäftigungsentwicklung in den Ballungsregionen der Bundesrepublik Deutschland. Wissenschaftszentrum Berlin, Discussion Papers FS I 89-14 sowie Bade, F.-J.

(1987): Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen. DIW Sonderheft 143, Berlin

- 2 Reissert, Schmid und Jahn (1989), S. 81 ff.
- 3 Krüger, T.; Läßle, D. (1992): ‚Boomtown Hamburg‘ ... Phönix aus der Asche? In: Hamburgische Architektenkammer (Hg.): Architektur in Hamburg – Jahrbuch 1992, Hamburg, S. 85-97
- 4 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1998): Der Dienstleistungssektor in Hamburg. Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen. Gutachten im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Wirtschaftsbehörde, Berlin
- 5 ebenda, S. 70 f.
- 6 nach der Gliederung von Bade (1987), S. 197 ff. Ostdeutsche Ballungsräume können sowohl wegen der unvollständigen Zeitreihe als auch aus Gründen mangelnder Vergleichbarkeit vorerst nicht mit einbezogen werden.
- 7 Als methodischer Hinweis sei angemerkt, daß die dargestellte Regressionsgerade keinen direkten Rückschluß auf die tatsächliche Stärke des Zusammenhangs zuläßt. Sie dient an dieser Stelle lediglich der Illustration der Veränderungsprozesse, was im folgenden noch deutlich werden wird.
- 8 Die ‚schwankende‘ Entwicklung Nürnbergs wird durch Sprünge in der Wirtschaftsklasse ‚Unternehmensberatung/Wirtschaftsprüfung‘ zwischen 90 und 91 (nach unten) beziehungsweise zwischen 96 und 97 (nach oben) verursacht. Aus den Daten läßt sich zumindest nicht

ausschließen, daß es sich dabei um die Folge von Umgruppierungen zwischen den Wirtschaftsklassen handelt. Insofern sind die folgenden Ergebnisse für Nürnberg unter Vorbehalt zu betrachten.

- 9 Rein statistisch gesehen bedeutet der negative Zusammenhang zwar keine Entkopplung; daraus allerdings den Schluß zu ziehen, die ‚positive‘ Kopplung der Wachstumsparallelität würde durch eine ‚negative‘ Kopplung entgegengesetzter Entwicklungsrichtungen ersetzt, scheint wenig plausibel.
- 10 Die Veränderung der Beschäftigten in einem Wirtschaftszweig wird in der Shift-Share-Analyse durch drei Komponenten bedingt: erstens durch das Beschäftigtenwachstum des Gesamt-raums (in der Regel der Volkswirtschaft), zweitens durch das Wachstum des Sektors und drittens durch das (von Volkswirtschaft und Sektor-entwicklung unabhängige) Wachstum der Region. Siehe zum methodischen Instrument der Shift-Share-Analyse Arcelus, F. J. (1984) An Extension of Shift-Share Analysis. In: Growth and Change 1/84, pp. 3-8 sowie als Einführung Schätzl, L. (1981): Wirtschaftsgeographie 2. Empirie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 46ff.
- 11 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1998), S. 102 ff.
- 12 ebenda, S. 192
- 13 ebenda, S. 71

Aktuelle Ergebnisse der Lohnsteuerzerlegung

Datengerüst für die Lohnsteuerzerlegung 1998 bis 2000

Steuerzerlegung als Verfassungsauftrag

Eine wesentliche Komponente des föderativen Finanzsystems der Bundesrepublik Deutschland ist im steuerlichen Bereich der Grundsatz des örtlichen Aufkommens. Er besagt, dass dem einzelnen Land das Steueraufkommen zusteht, das in seinem Gebiet von den Finanzbehörden vereinbart wird. Dieser Grundsatz ist in Artikel 107 des Grundgesetzes festgeschrieben, allerdings mit dem Zusatz, dass für die Lohn- und für die Körperschaftsteuer durch Bundesgesetz nähere Bestimmungen über die Abgrenzung und Zerlegung des örtlichen Aufkommens zu treffen seien.

Dieser Verfassungsauftrag wurde mit dem „Gesetz über die Steuerberechtigung und die Zerlegung bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer“/Zerlegungsgesetz¹ erfüllt:

Das **Körperschaftsteueraufkommen** ist danach zu zerlegen, soweit ein Unternehmen Betriebsstätten außerhalb desjenigen Bundeslandes unterhält, in dem – am Sitz der Unternehmensleitung – die Steuererhebung erfolgt. Auf diese Weise wird verhindert, dass durch die zentrale Steuerzahlung das Aufkommen in den einzelnen Ländern von der regionalen Wertschöpfung „abgekoppelt“ wird.

Für die **Einkommensteuer** ist im Zerlegungsgesetz der Wohnsitz des Steuerpflichtigen als Anspruchsgrundlage für das jeweilige Bundesland festgelegt. Zerlegungsbedarf entsteht somit, soweit das örtliche Einkommensteueraufkommen von Steuerpflichtigen stammt, die ihren Wohnsitz in einem anderen Bundesland haben.

Bei der sogenannten **veranlagten Einkommensteuer** – sie betrifft alle einkommensteuerrechtlichen Einkunftsarten mit Ausnahme der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit – kann Zerlegungsbedarf nicht entstehen, weil grundsätzlich dem

für den Wohnort des Steuerpflichtigen zuständigen Finanzamt die Veranlagung und Steuererhebung obliegt.

Anders ist die Ausgangslage bei der **Lohnsteuer**, der die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit unterliegen. Sie ist als besondere Form der Einkommensteuer durch die Steuererhebung unmittelbar an der Einkommensquelle gekennzeichnet. Das Einkommensteuergesetz verpflichtet die Arbeitgeber, den Lohnsteuerbetrag für jeden Mitarbeiter zu errechnen, den entsprechenden Teil des Arbeitsentgelts einzubehalten und an das für das Unternehmen zuständige Finanzamt abzuführen. Dieses „Betriebsstätten-Finanzamt“ kann aus zwei Gründen in einem anderen Bundesland liegen als der Wohnsitz des Lohnsteuerpflichtigen:

- Zum einen ist die „zentralisierte Lohnabrechnung“ bei Unternehmen mit Betriebsstandorten in verschiedenen Bundesländern zu nennen: Das häufig am Hauptsitz des Unternehmens konzentrierte Rechnungswesen führt in diesen Fällen die Lohnsteuer für alle Mitarbeiter an das örtliche Betriebsstätten-Finanzamt ab. So kann die Lohnsteuer sogar einem Bundesland zufließen, in dem sich weder Arbeitsplatz noch Wohnsitz des Steuerpflichtigen befinden.
- Ferner ist an Berufspendler zu denken, deren Arbeitsplatz sich in einem anderen Bundesland befindet als ihr Wohnsitz. Die entsprechende Lohnsteuer fließt über ein Betriebsstätten-Finanzamt demjenigen Bundesland zu, in das der Arbeitnehmer „einpendelt“.

Grundzüge des Zerlegungsverfahrens

Zuständigkeiten und Form der Durchführung der **Lohnsteuerzerlegung** sind im Zerlegungsgesetz weitgehend festgelegt.

Danach haben

- die Statistischen Landesämter das erforderliche Datengerüst zu erarbeiten; sie gehen dabei von den Lohnsteuerkarten aus, die ihnen von der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt werden,
- die Obersten Finanzbehörden anhand des Datengerüsts die Zerlegungsquoten zu ermitteln und die jährliche kassenmäßige Umsetzung der Zerlegungsergebnisse zu übernehmen; als Clearingstelle fungiert dabei das Bundesfinanzministerium.

Die für die Lohnsteuerzerlegung benötigten Basisdaten werden in dem gleichen dreijährlichen Turnus erhoben und beziehen sich auf dasselbe Kalenderjahr wie die Lohnsteuerstatistik. Das bedeutet:

- Die für ein Kalenderjahr ermittelten Zerlegungsquoten sind jeweils drei Jahre Grundlage der Lohnsteuerzerlegung.
- Zwischen dem Bezugsjahr der Datenbasis und der erstmaligen Verfügbarkeit der entsprechenden Zerlegungsquoten liegt ein Abstand von drei Jahren. So erfolgt die Abrechnung der jeweiligen Lohnsteuerzerlegung in den Jahren 1998 bis 2000 mit Hilfe von Zerlegungsquoten, deren Berechnungsbasis Daten aus dem Jahre 1995 sind. Dieser *time lag* ist wegen der weitestgehend steuerrechtlich bedingten Bearbeitungszeit (insbesondere Erklärungsfristen von 2½ Jahren) in der Finanzverwaltung unvermeidlich.

Nicht vermeidbar ist auch die dreijährige Geltungsdauer der Zerlegungsquoten; ihre Verkürzung durch die jährliche Ermittlung von Zerlegungsdaten ist – im Rahmen des derzeitigen Erhebungsmodus – wegen des erheblichen zusätzlichen Aufwandes nicht praktikabel. In der Finanzverwaltung werden zur Zeit länderübergreifend Überlegungen angestellt, durch ein andersartiges Erhebungsverfahren „ge-

Ergebnis der Lohnsteuerzerlegung für Hamburg 1995

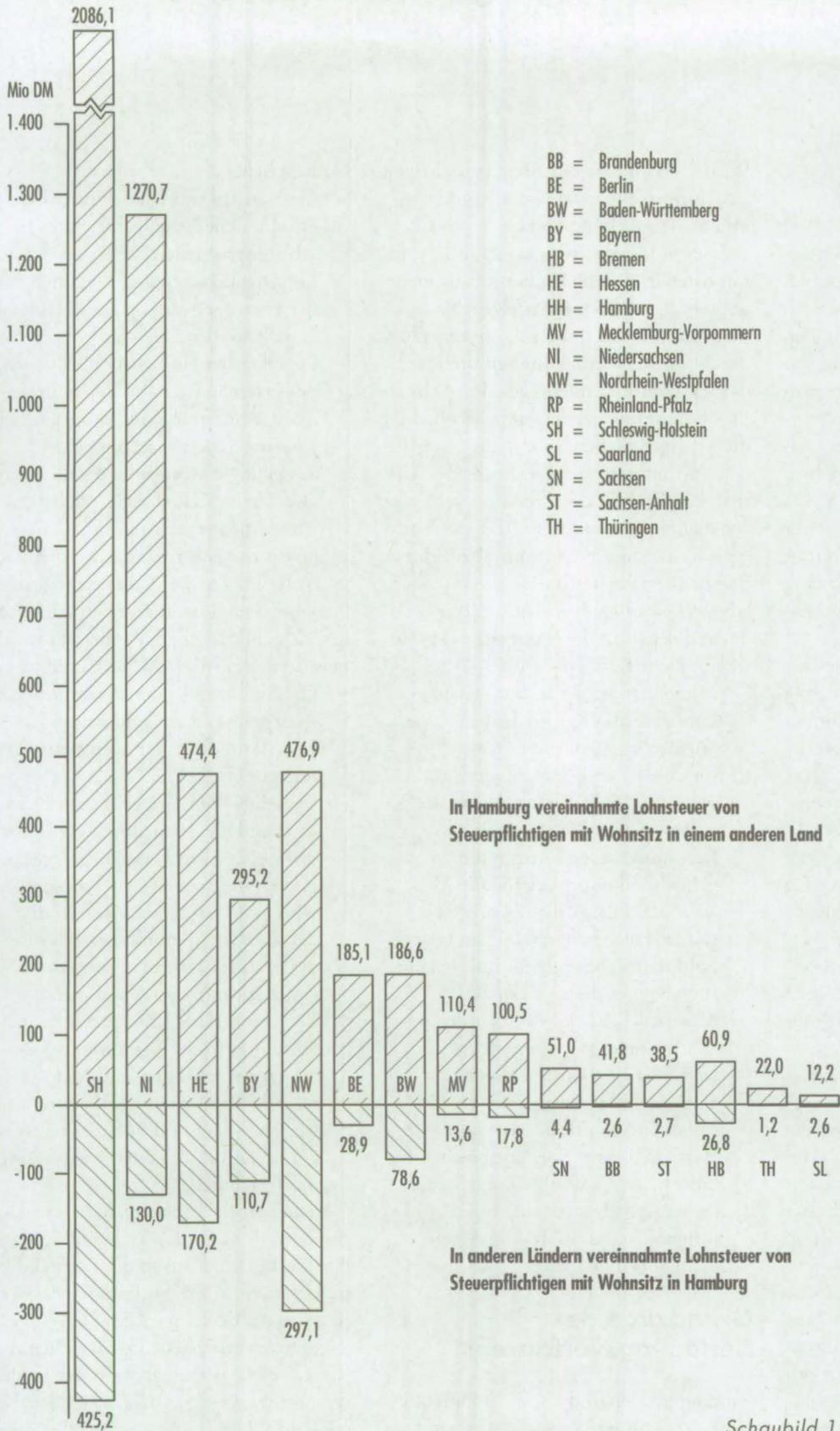


Schaubild 1

genwartsnähere“ Resultate zu ermöglichen.

Hamburg weiterhin mit steigendem Zerlegungsvolumen

Im Bezugsjahr 1995 haben die übrigen Bundesländer gegenüber Hamburg rund 479 000 Zerlegungsfälle mit einem Aufkommensvolumen von 5,41 Milliarden DM geltend gemacht (vergleiche *Tabelle*). Hamburgs Gegenrechnung weist demgegenüber lediglich 125 000 Fälle und 1,31 Milliarden DM aus. Daraus ergibt sich für Hamburg ein negativer Zerlegungssaldo von 4,10 Milliarden DM. Der entsprechende Zuwachs gegenüber der Vergleichszahl von 1992 ist mit 8,5 Prozent höher als die Zunahme des Hamburger Lohnsteueraufkommens in diesem Zeitraum (plus 5,8 Prozent).

In *Schaubild 1* ist dargestellt, wie sich die gegenüber Hamburg geltend gemachten und die von Hamburg beanspruchten Ausgleichsbeträge auf die einzelnen Bundesländer verteilen. Es überrascht nicht, daß hinsichtlich des Zerlegungsvolumens die beiden Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen eindeutig im Vordergrund stehen, wobei der Löwenanteil auf Schleswig-Holstein entfällt: Immerhin ist Hamburg als Mittelpunkt einer über die Landesgrenzen hinausreichenden Wirtschaftsregion Standort vieler Unternehmenszentralen und weist – gegenüber dem Umland – eine Einpendlerzahl von über 260 000 auf. Unter

den übrigen Zerlegungspartnern Hamburgs dominieren Nordrhein-Westfalen und Hessen, als Adressaten von Hamburger „Ausgleichsansprüchen“ nehmen sie sogar Rang zwei und drei ein.

Bei einem längerfristigen Vergleich der negativen Zerlegungssalden Hamburgs, wie ihn *Schaubild 2* ermöglicht, wird deutlich:

- Die Quote Niedersachsens ist seit 1983 weitestgehend konstant geblieben.
- Auf Schleswig-Holstein entfällt der weitaus größte Anteil, allerdings weiterhin mit rückläufiger Tendenz. Sie dürfte ihre Ursache darin haben, daß die aus zentraler Lohnabrechnung gegenüber „übrigen Ländern“ entstandene Ausgleichsverpflichtung Hamburgs stärker gestiegen ist als die Ausgleichsansprüche, die Schleswig-

Holstein aufgrund von Einpendlern nach Hamburg geltend machen kann.

- Was den steigenden Anteil der „übrigen Länder“ am negativen Zerlegungssaldo Hamburgs anbetrifft, so wird durch einen Blick auf die einzelnen Länderergebnisse eine Strukturverschiebung erkennbar: 1995 waren die „Ausgleichsansprüche“, insbesondere von Hessen und Nordrhein-Westfalen aber auch von Bremen und Bayern niedriger als 1992; nur die starke Zunahme der „Zerlegungsverpflichtungen“ Hamburgs gegenüber den neuen Bundesländern und (Gesamt-)Berlin bewirkte, dass der Anteil der Zerlegungsansprüche der übrigen Bundesländer insgesamt weiter zugenommen hat.

Lohnsteuerzerlegung im Ländervergleich

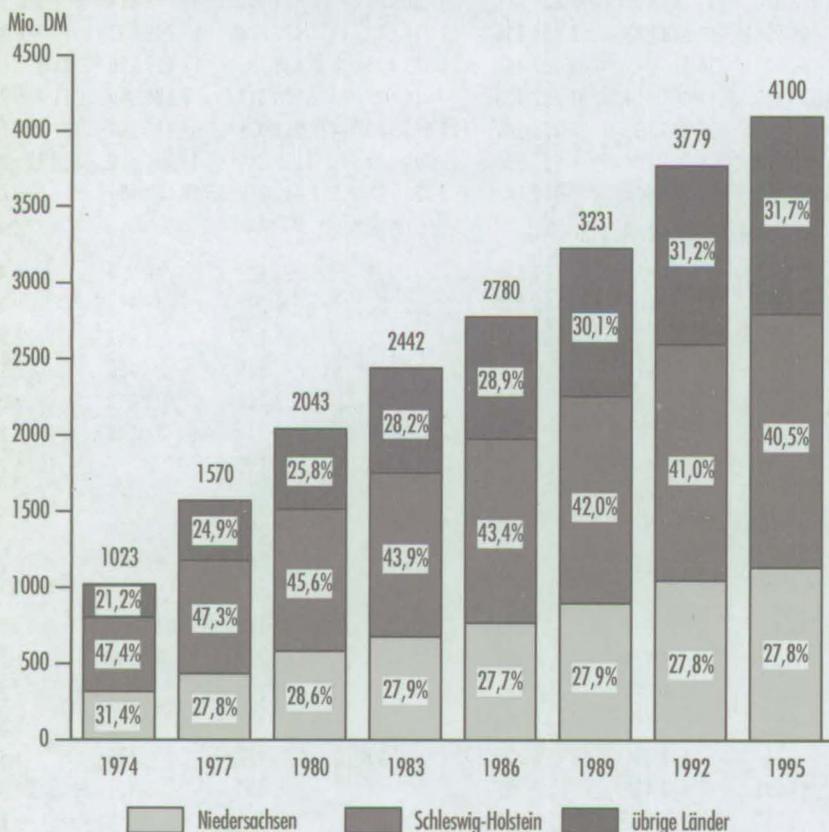
Die von den Statistischen Landesämtern für 1995 ermittelten Zerlegungsergebnisse weisen für das Bundesgebiet insgesamt 4,3 Millionen Zerlegungsfälle aus, das sind annähernd neun Prozent mehr als 1992. Das entsprechende Zerlegungsvolumen erhöhte sich von 31,8 Milliarden DM auf 39,3 Milliarden DM (plus 23,6 Prozent) und stieg damit erheblich stärker an als das zugrunde liegende Lohnsteueraufkommen (plus 14,3 Prozent).

Der Maßstab für die finanziellen Konsequenzen, die sich aus der Lohnsteuerzerlegung für ein einzelnes Land ergeben, ist allerdings nicht sein Anteil am Zerlegungsvolumen, sondern der Saldo zwischen seinen „Ausgleichsverpflichtungen“ und „Ausgleichsansprüchen“ gegenüber anderen Ländern. Ein negativer Saldo kennzeichnet diejenigen Länder, deren originäres Lohnsteueraufkommen durch die Zerlegung verringert wird, demgegenüber erhalten Länder mit einem positiven Saldo im Rahmen der – einleitend erwähnten – zentralen Abrechnung eine entsprechende „Gutschrift“.

Im *Schaubild 3* sind die Zerlegungsergebnisse der einzelnen Länder wiedergegeben, wobei die Gruppe der „Belasteten“ (Negativ-Saldo) und diejenige der „Begünstigten“ (Positiv-Saldo) getrennt dargestellt sind; Ordnungsmerkmal ist jeweils die Saldenhöhe.

Die Gruppe der Länder mit positivem Zerlegungssaldo ist gegenüber 1992 in ihrer Zusammensetzung unverändert geblieben, es sind jedoch bemerkenswerte Verschiebungen in der Rangfolge festzustellen: Der Saldo Bayerns hat sich mit 147 Millionen DM auf weniger als ein Drittel der 92er Vergleichszahl verringert: Dabei wurde eine überdurchschnittliche Zunahme der Ausgleichsansprüche durch noch stärker gestiegene Ausgleichsverpflichtungen – nicht zuletzt gegenüber den Nachbarländern Sachsen und Thüringen – überkompensiert. Bayern nimmt nun mit einem außergewöhnlich hohen, aber annähernd ausgeglichenen Zerlegungsvolumen den drittlezten Rang vor Berlin und dem Saarland ein. Die neuen Bundesländer haben demgegenüber ihre (positiven) Zerlegungssalden im Durchschnitt annähernd verdoppelt. Die Zuwachsraten lie-

Zerlegungssalden¹ Hamburgs gegenüber anderen Ländern 1974 bis 1995



¹ Jeweiliger Überschuß der Lohnsteuerbeträge, die Hamburg von Steuerpflichtigen mit auswärtigem Wohnsitz zugeflossen sind, gegenüber den Lohnsteuerbeträgen, die die betreffenden Länder von Steuerpflichtigen mit Hamburger Wohnsitz vereinnahmt haben.

Schaubild 2

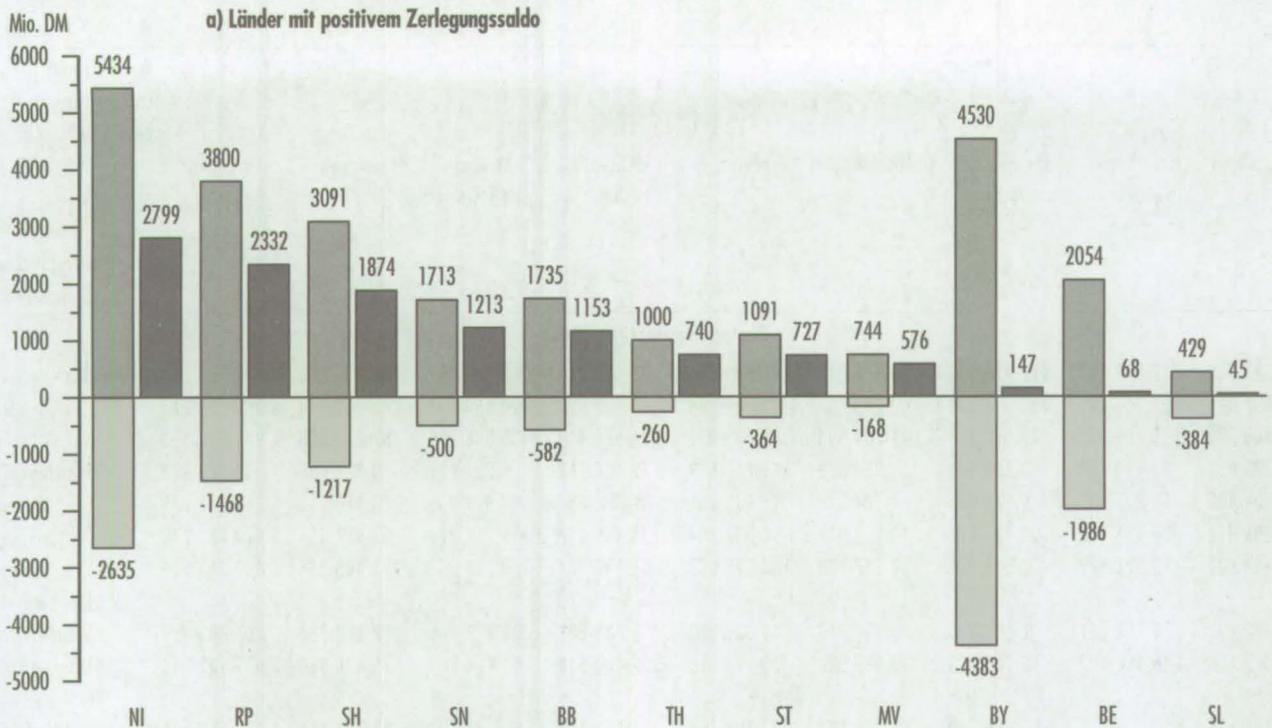
Lohnsteuererlegung 1995

Wohnsitzland (ausgleichs- berechtigigt)									
	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
(ausgleichs- verpflichtet) Einnahmeland									
Zerlegungsbeträge (DM)									
Baden-Württemberg	4 963 762 594	–	1 390 932 480	194 591 611	83 239 313	21 390 153	78 579 481	793 264 785	34 214 928
Bayern	4 383 195 070	974 130 437	–	250 950 286	98 558 342	25 029 570	110 724 430	504 732 703	48 738 112
Berlin	1 986 345 653	61 290 156	140 760 753	–	927 854 914	4 396 511	28 855 553	76 480 762	114 498 996
Brandenburg	582 375 672	7 967 560	10 516 156	300 564 122	–	1 320 758	2 606 991	5 774 571	26 451 671
Bremen	1 340 321 163	28 488 617	40 186 986	21 316 298	7 252 144	–	26 830 299	31 043 217	14 893 811
Hamburg	5 412 185 778	186 600 835	295 252 495	185 066 395	41 761 193	60 942 532	–	474 427 287	110 372 512
Hessen	5 660 565 865	779 778 066	822 693 397	281 056 696	75 661 845	34 741 354	170 174 549	–	36 505 518
Mecklenburg- Vorpommern	167 893 919	2 377 319	2 907 592	10 975 441	49 670 162	2 781 003	13 615 803	2 868 149	–
Niedersachsen	2 635 422 385	131 890 038	175 651 181	101 493 422	78 104 284	206 989 980	129 987 513	340 198 688	72 606 023
Nordrhein- Westfalen	7 973 395 089	855 179 576	1 307 710 031	564 271 490	215 470 068	71 772 834	297 145 451	993 601 108	119 454 146
Rheinland-Pfalz	1 468 297 427	325 012 468	150 473 478	35 799 489	18 884 786	4 530 970	17 834 963	390 026 114	8 676 903
Saarland	383 973 655	25 217 405	27 709 528	14 639 873	6 005 596	1 298 040	2 592 824	21 703 333	2 946 221
Sachsen	499 525 535	36 830 871	57 574 247	36 474 095	68 432 947	1 613 720	4 438 702	19 425 190	11 130 609
Sachsen-Anhalt	363 582 392	7 631 615	10 076 402	17 098 014	37 482 423	816 539	2 678 317	9 981 090	11 960 766
Schleswig-Holstein	1 217 295 591	35 008 520	59 795 245	31 476 106	20 364 501	25 815 960	425 216 925	37 410 509	127 637 518
Thüringen	260 405 735	13 819 153	38 013 914	8 434 257	6 327 277	290 179	1 159 269	46 746 400	4 126 012
Insgesamt	39 298 543 523	3 471 222 636	4 530 253 885	2 054 207 595	1 735 069 795	463 730 103	1 312 441 070	3 747 683 906	744 213 746
Anzahl der Zerlegungsfälle									
Baden-Württemberg	494 725	–	132 897	15 436	11 628	2 229	6 501	70 224	4 415
Bayern	489 452	104 993	–	21 802	13 938	2 787	9 292	44 895	7 434
Berlin	263 007	6 750	17 253	–	132 134	489	2 171	5 942	19 066
Brandenburg	73 655	702	856	32 411	–	107	305	450	5 503
Bremen	136 868	3 159	3 737	2 142	1 045	–	2 469	3 273	2 084
Hamburg	478 727	16 636	24 973	16 759	5 508	5 538	–	34 849	17 290
Hessen	539 507	73 360	79 091	21 053	8 355	2 851	12 198	–	4 754
Mecklenburg- Vorpommern	21 187	266	281	1 390	9 214	176	1 024	238	–
Niedersachsen	342 012	13 008	17 201	10 969	14 200	26 769	13 362	37 350	14 131
Nordrhein- Westfalen	950 967	99 077	139 486	54 997	31 358	9 829	33 179	102 473	19 501
Rheinland-Pfalz	151 156	29 443	16 526	3 520	2 648	555	1 283	37 968	1 133
Saarland	52 071	2 782	3 438	1 723	1 109	191	247	2 167	636
Sachsen	64 560	2 780	4 562	3 496	12 216	90	309	1 465	1 845
Sachsen-Anhalt	47 158	659	914	1 684	6 628	95	178	745	1 957
Schleswig-Holstein	142 253	3 392	5 325	3 420	3 237	3 769	42 204	3 461	24 421
Thüringen	34 549	1 029	3 355	982	1 347	26	76	4 050	815
Insgesamt	4 281 854	358 036	449 895	191 784	254 565	55 501	124 798	349 550	124 985

Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Insgesamt	Wohnsitzland (ausgleichsberechtigt)
									(ausgleichsverpflichtet) Einnahmeland
Zerlegungsbeträge (DM)									
315 027 022	721 599 467	812 916 402	58 336 041	203 633 285	77 222 262	88 108 291	90 707 073	4 963 762 594	Baden-Württemberg
393 837 615	823 266 727	303 041 526	40 715 167	343 549 208	107 423 552	114 569 041	243 928 354	4 383 195 070	Bayern
100 488 380	135 769 962	22 084 369	21 706 894	162 449 652	96 661 744	35 306 199	57 740 808	1 986 345 653	Berlin
15 880 653	30 570 188	3 966 021	905 673	129 217 559	32 128 762	5 229 921	9 275 066	582 375 672	Brandenburg
1 041 702 602	66 295 673	9 379 435	1 704 773	11 693 261	8 089 882	27 529 355	3 914 810	1 340 321 163	Bremen
1 270 686 037	476 931 982	100 467 720	12 153 814	50 957 144	38 466 457	2 086 131 924	21 967 451	5 412 185 778	Hamburg
437 462 135	1 113 595 672	1 250 311 746	79 693 124	163 527 082	81 143 284	132 821 042	201 400 355	5 660 565 865	Hessen
									Mecklenburg-
24 032 192	11 151 461	1 407 298	254 313	5 089 413	6 783 621	31 831 888	2 148 264	167 893 919	Vorpommern
-	776 420 492	73 068 135	8 595 528	70 593 313	252 430 528	141 964 600	75 428 660	2 635 422 385	Niedersachsen
									Nordrhein-
1 393 376 121	-	983 854 330	93 268 908	332 899 467	223 542 392	380 544 701	141 304 466	7 973 395 089	Westfalen
46 199 823	254 975 342	-	105 073 083	39 971 388	19 225 461	30 460 322	21 152 837	1 468 297 427	Rheinland-Pfalz
15 011 004	42 271 981	196 334 020	-	9 560 098	6 368 291	7 826 897	4 488 544	383 973 655	Saarland
19 649 397	53 645 547	10 088 810	1 611 388	-	89 245 994	4 236 092	85 127 926	499 525 535	Sachsen
69 277 307	35 474 136	4 839 572	1 281 350	119 046 388	-	3 042 548	32 895 925	363 582 392	Sachsen-Anhalt
273 617 999	115 555 920	19 654 858	2 401 526	18 635 057	15 850 755	-	8 854 192	1 217 295 591	Schleswig-Holstein
17 682 924	24 757 287	8 574 376	812 505	52 206 832	35 976 019	1 479 331	-	260 405 735	Thüringen
5 433 931 211	4 682 281 837	3 799 988 618	428 514 087	1 713 029 147	1 090 559 004	3 091 082 152	1 000 334 731	39 298 543 523	Insgesamt
Anzahl der Zerlegungsfälle									
30 344	64 138	86 217	6 283	30 259	12 377	7 590	14 187	494 725	Baden-Württemberg
38 860	73 983	36 991	4 140	56 073	17 289	10 165	46 810	489 452	Bayern
8 433	12 640	2 456	3 245	23 989	15 555	3 377	9 507	263 007	Berlin
1 501	2 122	311	80	20 864	6 368	422	1 653	73 655	Brandenburg
104 229	7 224	1 078	231	1 853	1 304	2 430	610	136 868	Bremen
112 762	41 634	8 715	1 134	6 535	6 420	176 688	3 286	478 727	Hamburg
39 095	87 868	123 088	8 916	21 376	11 821	10 125	35 556	539 507	Hessen
									Mecklenburg-
2 362	902	131	25	825	1 378	2 600	375	21 187	Vorpommern
-	94 588	8 748	881	13 247	47 094	14 631	15 833	342 012	Niedersachsen
									Nordrhein-
175 826	-	116 774	11 519	50 729	37 545	45 684	22 990	950 967	Westfalen
4 783	25 706	-	12 057	6 272	2 910	2 784	3 568	151 156	Rheinland-Pfalz
1 886	4 347	28 582	-	1 832	1 263	893	975	52 071	Saarland
1 527	3 480	827	135	-	16 037	305	15 486	64 560	Sachsen
5 691	2 553	417	108	18 995	-	217	6 317	47 158	Sachsen-Anhalt
32 445	11 918	1 950	281	2 488	2 558	-	1 384	142 253	Schleswig-Holstein
1 766	1 908	740	68	10 866	7 408	113	-	34 549	Thüringen
561 510	435 011	417 025	49 103	266 203	187 327	278 024	178 537	4 281 854	Insgesamt

Tabelle

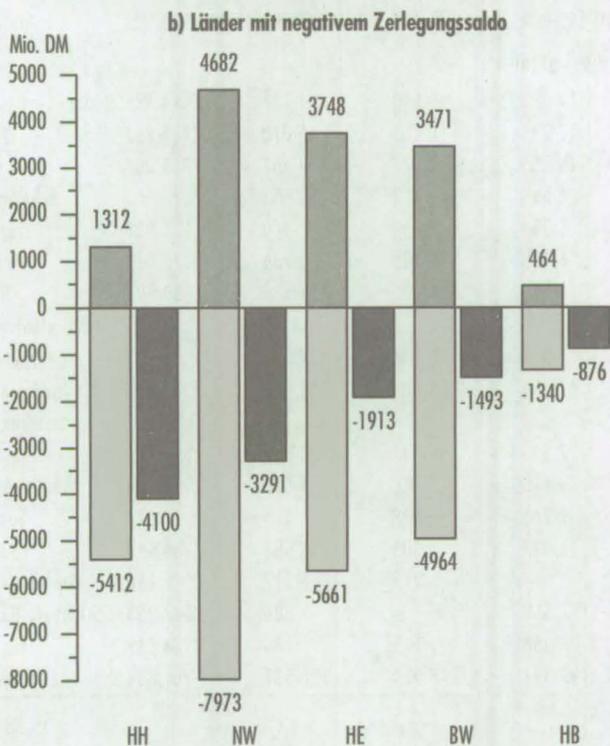
Ergebnisse der Lohnsteuerzerlegung für alle Länder 1995



Von Steuerpflichtigen mit Wohnsitz im jeweiligen Land in einem anderen Land vereinnahmte Lohnsteuer (Voraussetzung und Maßstab für Ausgleichsanspruch)

Im jeweiligen Land von Steuerpflichtigen mit Wohnsitz in einem anderen Land vereinnahmte Lohnsteuer (Voraussetzung und Maßstab für Ausgleichsverpflichtung)

Saldo von Anspruchs- und Verpflichtungsbeträgen



- BB = Brandenburg
- BE = Berlin
- BW = Baden-Württemberg
- BY = Bayern
- HB = Bremen
- HE = Hessen
- HH = Hamburg
- MV = Mecklenburg-Vorpommern
- NI = Niedersachsen
- NW = Nordrhein-Westfalen
- RP = Rheinland-Pfalz
- SH = Schleswig-Holstein
- SL = Saarland
- SN = Sachsen
- ST = Sachsen-Anhalt
- TH = Thüringen

Schaubild 3

gen zwischen 62 Prozent (Thüringen) und 119 Prozent (Sachsen-Anhalt); die Rangfolge untereinander hat sich dabei nicht verändert.

Die unveränderte Zusammensetzung der Gruppe zerlegungsbegünstigter Länder bedeutet, dass auch der „komplementäre“ Kreis der Länder mit einem negativen Zerlegungssaldo der gleiche geblieben ist. Allerdings sind gegenüber dem 92er Ergebnis einige strukturelle Veränderungen eingetreten:

- Zunächst fällt gegenüber dem letzten Berichtsjahr eine Verschiebung in der Rangfolge auf: Bedingt durch eine, nur geringe Zunahme seines Zerlegungssaldos nimmt Baden-Württemberg 1995 hinter Hessen den vorletzten Platz ein. Die konkrete Ursache dürfte im Bereich der zentralen Lohnabrechnung zu suchen sein.
- Hamburg weist mit 4,1 Milliarden DM den höchsten Negativ-Saldo auf, der Abstand zu Nordrhein-Westfalen, das „traditionell“ an zweiter Stelle liegt, hat sich jedoch erheblich verringert. Ursache ist vor allem der außergewöhnlich starke Anstieg des NRW-Saldos um 65 Prozent von 2,0 auf 3,3 Milliarden DM; die Hamburger Vergleichszahl erhöhte sich demgegenüber nur um 0,3 Milliarden DM (plus 8,5 Prozent).

Trotzdem nimmt Hamburg unter den zerlegungsbelasteten Ländern nicht nur wegen seines hohen negativen Zerlegungssaldos weiterhin eine Ausnahmestellung ein; wenn man die zugrundeliegenden originären Lohnsteueraufkommen in die Betrachtung einbezieht, wird dies besonders deutlich. So macht der Hamburger Zerlegungssaldo 34 Prozent des Lohnsteueraufkommens aus, bei den drei Flächenländern liegt die entsprechende Quote zwischen 4 und 7 Prozent. Im Vergleich dazu

weist Bremen mit 26 Prozent zwar eine relativ hohe Vergleichszahl auf; sie liegt aber um acht Prozentpunkte deutlich unter dem Hamburger Anteil des Zerlegungssaldos am Lohnsteueraufkommen.

Schlussbemerkung

Angesichts der Größenordnung des Hamburger Zerlegungssaldos erscheinen abschließend folgende Anmerkungen angebracht:

Grundlage der Ermittlung des „Datengerüsts“ für die Lohnsteuerzerlegung ist zwangsläufig das Gesamtaufkommen dieser gemeinschaftlichen Steuer von Bund, Ländern und Gemeinden. Es liegt auf der Hand, dass bei der kassenmäßigen Abrechnung ein Zerlegungsverlust oder -gewinn nur nach Maßgabe des Landes- und Gemeindeanteils (derzeit 57,5 Prozent) am Gesamtaufkommen im einzelnen Bundesland zu Buche schlägt. Ferner ist zu berücksichtigen, dass ein Zerlegungsverlust oder -gewinn durch den – abrechnungstechnisch nachfolgenden – Länderfinanzausgleich in seiner Wirkung abgeschwächt wird. Trotz einer entsprechend geringeren Belastung im Länderfinanzausgleich bewegen sich die durch die Lohnsteuerzerlegung verursachten Mindereinnahmen des Hamburger Haushalts in dreistelliger Millionenhöhe.

Das Zerlegungsgesetz stammt aus dem Jahre 1951, überarbeitete Fassungen traten 1971 und 1998 in Kraft. Im Wesentlichen unverändert ist derzeit noch die gesetzliche Grundlage für die Lohnsteuerzerlegung. Bei der Konzipierung des Zerlegungsgesetzes ging es vor allem darum, der durch die zentrale Lohnabrechnung verursachten „Entkoppelung“ von regionalem Steueraufkommen und regionaler „Wertschöpfung“ entgegenzuwirken. Der von Berufspendlern ausgelöste Zerlegungsbedarf hatte seinerzeit eine relativ geringe

Bedeutung, so dass die uneingeschränkte Anwendung des Wohnsitzprinzips als nicht problematisch angesehen wurde.

Bereits Ende der 70er Jahre wurde jedoch erkennbar, dass steigende Einpendlerzahlen vor allem bei den Stadtstaaten Hamburg und Bremen zu erheblichen Zerlegungsverlusten führten, die in diesem Ausmaß sachlich nicht gerechtfertigt erschienen.

Aufgrund von Normenkontrollklagen einer Reihe von Ländern, darunter auch Hamburgs, hat das Bundesverfassungsgericht bereits in den 80er Jahren neben anderen Komponenten des föderativen Finanzausgleichs auch das Zerlegungsgesetz überprüft. In seinem Urteil von 1986 hat das Bundesverfassungsgericht diesem Gesetz zwar Verfassungskonformität bescheinigt, zugleich jedoch darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber – ohne damit gegen das Grundgesetz zu verstoßen – eine Regelung treffen kann, die neben dem „Wohnsitzprinzip“ auch den Arbeitsstätten-Aspekt berücksichtigt.

Durch die Vereinigung hat sich der Bereich der öffentlichen Finanzen im Bundesgebiet strukturell derart verändert, dass eine grundlegende Neugestaltung des föderativen Finanzausgleichssystems unausweichlich erscheint; es ist zu hoffen, dass in diesem Zusammenhang auch hinsichtlich der Lohnsteuerzerlegung eine angemessene Lösung für dieses – besonders bei den Stadtstaaten² hervortretende – Problem gefunden wird.

Horst Schüler

- 1 Letzte Fassung vom 6. August 1998; verkündet als Artikel 1 des Zerlegungs- und Kraftfahrzeugsteuergesetzes (BGBl. I S. 1998)
- 2 Berlin weist derzeit noch einen geringen positiven Zerlegungssaldo auf. Dabei handelt es sich jedoch um die Nachwirkung der langjährigen „Insellage“ bis zur deutschen Vereinigung. Mit der Öffnung zum Umland und der Hauptstadtfunktion wird auch dieser Stadtstaat in Kürze zum Kreis der von „Zerlegungsverlusten“ betroffenen Bundesländer gehören.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 1970 bis 1998

Jahr ¹	Wohn- gebäude	Wohnungen ² insgesamt	Mit ... Räumen ³				In Ein- und Zwei- familien- häusern	Durchschnittliche Wohnfläche in m ²	
			1 - 2	3	4	5 und mehr		pro Wohnung	pro Ein- wohner/in
1970	183 447	698 884	80 012	233 352	249 095	136 425	.	62,5	24,3
1971	185 202	710 825	83 126	235 202	253 010	139 487	.	62,8	25,1
1972	186 792	724 116	86 010	237 256	257 928	142 922	.	63,2	25,9
1973	188 399	737 652	88 652	239 506	262 816	146 678	.	63,5	26,7
1974	189 676	749 697	91 690	241 562	266 073	150 372	.	63,8	27,6
1975	190 630	757 454	92 817	242 886	268 563	153 188	.	64,0	28,2
1976	191 621	765 211	94 199	244 259	270 975	155 778	.	64,3	29,0
1977	193 283	774 828	95 654	246 093	273 861	159 220	.	64,6	29,8
1978	194 767	778 446	95 916	246 280	274 488	161 762	.	65,0	30,4
1979	196 030	780 079	95 542	245 749	275 036	163 752	.	65,2	30,8
1980	197 753	784 690	95 750	246 635	276 177	166 128	.	65,4	31,2
1981	199 316	789 248	95 874	247 466	277 345	168 563	.	65,5	31,6
1982	200 492	794 089	96 004	248 641	279 052	170 392	.	65,7	32,1
1983	201 475	799 004	96 353	249 834	280 755	172 062	.	65,8	32,7
1984	202 972	805 404	96 828	251 695	282 795	174 086	.	65,9	33,3
1985	204 260	809 946	97 327	252 702	284 078	175 839	.	66,0	33,8
1986	206 286	778 921	76 546	241 371	275 110	185 894	158 727	70,1	34,7
1987	207 229	781 698	76 739	241 941	276 052	186 966	159 646	70,2	34,4
1988	208 309	784 162	76 929	242 517	276 564	188 152	160 700	70,2	34,3
1989	209 537	787 258	77 448	243 134	277 183	189 493	161 882	70,3	34,0
1990	210 740	789 623	77 541	243 521	277 732	190 829	163 116	70,4	33,6
1991	212 158	793 757	77 867	244 499	279 151	192 240	164 425	70,3	33,4
1992	214 110	800 784	78 750	246 306	281 498	194 230	166 186	70,4	33,4
1993	215 705	807 784	79 937	248 310	283 486	196 051	167 685	70,4	33,4
1994	216 899	815 539	80 674	251 129	285 892	197 844	168 578	70,5	33,7
1995	218 380	823 926	81 720	254 057	288 368	199 781	169 769	70,5	34,0
1996	219 716	831 984	82 840	256 470	291 179	201 495	170 675	70,6	34,4
1997	221 167	839 293	83 561	258 434	294 038	203 260	171 743	70,7	34,8
1998	222 828	847 324	84 636	260 738	296 501	205 449	173 155	70,7	35,2

1 31. Dezember
 2 ab 1986 ohne Wohnheime
 3 einschließlich Küchen

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	1996		1997		1998		1999		
		November	Dezember	Januar	November	Dezember	Januar	November	Dezember	Januar
Meteorologische Beobachtungen¹⁾										
Mittlerer Luftdruck ²⁾	hPa	1015,8	1016,7	1028,7	1015,3	1012,1	1012,2	1015,5	1014,9	1009,7
Höchste Lufttemperatur	°C	15,5	9,0	8,6	14,9	11,6	13,3	11,0	11,1	13,4
Niedrigste Lufttemperatur	"	- 1,9	- 11,8	- 16,9	- 2,0	- 11,0	- 9,0	- 7,7	- 11,1	- 7,0
Mittlere Lufttemperatur	"	5,7	0,2	0,8	4,4	3,4	3,9	2,2	1,8	3,8
Mittlere relative Luftfeuchtigkeit	%	87,0	84,0	85,0	84,0	85,0	83,0	87,0	85,0	84,0
Sonnenscheindauer	Stunden	37,7	52,9	75,0	45,0	23,9	66,5	45,3	52,4	38,2
Anteil an höchstmöglicher Sonnenscheindauer	%	14,6	22,5	29,6	17,4	10,2	26,3	17,6	22,3	15,1
Niederschlagshöhe	mm	76,2	24,4	5,7	50,4	66,3	86,5	55,7	74,1	74,7
Tage mit Niederschlägen ³⁾	Anzahl	22	13	6	14	21	21	14	13	22

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bevölkerung										

Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende insgesamt ⁴⁾	1000	1 708,4	1 707,4	1 707,0	1 707,3	1 707,0	1 700,8	1 700,1	1 700,5	1 700,6
und zwar										
männlich	"	823,8	824,0	823,7	824,0	823,9	821,3	821,0	821,2	821,3
weiblich	"	884,6	883,4	883,3	883,3	883,0	879,5	879,1	879,4	879,3
Ausländer und Ausländerinnen	"	257,6	260,2	260,2	260,5	260,5	257,6	257,0	257,2	257,3
Bezirk Hamburg-Mitte	"	244,7	241,4	240,8	240,6	240,2	236,4	235,9	235,6	235,2
Bezirk Altona	"	240,3	240,5	240,6	240,8	240,7	239,0	238,7	238,9	239,0
Bezirk Eimsbüttel	"	241,1	241,9	241,9	242,1	242,1	242,3	242,4	242,5	242,4
Bezirk Hamburg-Nord	"	283,6	281,6	281,3	281,1	281,2	278,9	278,7	278,8	278,9
Bezirk Wandsbek	"	395,5	396,4	396,6	396,7	396,8	397,5	397,6	397,7	398,2
Bezirk Bergedorf	"	107,3	109,2	109,4	109,6	109,8	111,3	111,5	111,7	111,8
Bezirk Harburg	"	195,9	196,3	196,4	196,4	196,3	195,3	195,4	195,4	195,2

Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁵⁾	Anzahl	657	650	691	967	843	731	887	903	822
* Lebendgeborene ⁶⁾	"	1 383	1 414	1 539	1 496	1 492	1 268	1 597	1 380	1 362
und zwar										
ausländische Lebendgeborene	"	283	282	310	288	288	256	297	256	265
* nichtehelich Lebendgeborene	"	317	333	364	362	348	295	394	342	338
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	1 683	1 611	1 501	1 515	1 587	1 514	1 589	1 465	1 452
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	9	8	11	6	12	5	6	6	6
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	"	- 300	- 197	+ 38	- 19	- 95	- 246	+ 8	- 85	- 90
* Eheschließungen	} je 1000 der Bevölkerung	0,4	0,4	0,4	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5
Lebendgeborene		0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,7	0,9	0,8	0,8
Gestorbene (ohne Totgeborene)		1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	} je 1000 Lebendgeb.	- 0,2	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	
In den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene		2,5	2,9	3,9	2,7	4,7	0,8	0,6	2,9	1,5
Im ersten Lebensjahr Gestorbene	6,2	5,8	7,1	4,0	8,0	3,9	3,8	4,3	4,4	

Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 159	6 137	7 008	6 434	6 746	5 791	6 737	7 063	6 607
* Fortzüge über die Landesgrenze	"	5 852	6 212	6 799	6 105	6 993	6 366	7 432	6 560	6 451
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	"	+ 307	- 75	+ 209	+ 329	- 247	- 575	- 695	+ 503	+ 156
Nach Gebieten										
a) Zuzüge aus										
Schleswig-Holstein	"	1 420	1 488	1 563	1 509	1 486	1 452	1 588	1 612	1 446
darunter den Umlandkreisen ⁷⁾	"	992	1 062	1 084	1 056	977	1 074	1 084	1 148	967
Niedersachsen	"	1 063	1 043	1 176	1 031	1 138	1 070	1 127	1 169	1 120
darunter den Umlandkreisen ⁸⁾	"	428	338	340	339	308	360	355	389	265
den übrigen Bundesländern	"	1 621	1 876	1 929	1 899	2 006	1 563	2 027	2 295	2 030
* dem Ausland	"	2 055	1 730	2 340	1 995	2 116	1 706	1 995	1 987	2 011

1) Quelle: Deutscher Wetterdienst und eigene Berechnungen. - 2) reduziert auf 0 °C, Normalschwere und Meeresspiegel. - 3) Tage mit 0,1 mm oder mehr Niederschlägen. - 4) Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987. - 5) nach dem Ereignisort. - 6) von Müttern mit alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. - 7) Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - 8) Landkreise Harburg und Stade.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bevölkerung (Fortsetzung)										
Noch: Wanderungen										
b) Fortzüge										
nach Schleswig-Holstein	Anzahl	1 908	1 931	2 182	1 936	2 061	1 877	2 216	2 017	1 981
darunter in die Umlandkreise ¹⁾	"	1 505	1 523	1 701	1 523	1 597	1 493	1 720	1 616	1 543
nach Niedersachsen	"	1 143	1 129	1 127	1 132	1 157	1 174	1 296	1 142	1 248
darunter in die Umlandkreise ²⁾	"	781	612	603	589	636	640	705	614	672
in die übrigen Bundesländer	"	1 269	1 395	1 437	1 253	1 422	1 306	1 461	1 431	1 469
* in das Ausland	"	1 531	1 757	2 053	1 784	2 353	2 009	2 459	1 970	1 753
c) Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	- 488	- 443	- 619	- 427	- 575	- 425	- 628	- 405	- 535
darunter den Umlandkreisen ¹⁾	"	- 513	- 461	- 617	- 467	- 620	- 419	- 636	- 468	- 576
Niedersachsen	"	- 80	- 86	+ 49	- 101	- 19	- 104	- 169	+ 27	- 128
darunter den Umlandkreisen ²⁾	"	- 353	- 274	- 263	- 250	- 328	- 280	- 350	- 225	- 407
dem Umland insgesamt	"	- 866	- 735	- 880	- 717	- 948	- 699	- 986	- 693	- 983
den übrigen Bundesländern	"	+ 352	+ 481	+ 492	+ 646	+ 584	+ 257	+ 566	+ 864	+ 561
dem Ausland	"	+ 524	- 27	+ 287	+ 211	- 237	- 303	- 464	+ 17	+ 258
* Umzüge innerhalb Hamburgs	"	12 783	13 736	14 211	12 830	14 288	12 992	13 865	13 150	13 024
Bevölkerungsveränderung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-)	"	+ 7	- 272	+ 247	+ 310	- 342	- 821	- 687	+ 418	+ 66
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-)	Je 1000 der Bevölkerung	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 0,5	- 0,4	+ 0,2	+ 0,0

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			1999	
		1997	1998	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bautätigkeit und Wohnungswesen											
Baugenehmigungen²⁾											
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	163	129	136	125	122	141	122	105	153	
* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	121	101	96	86	95	95	97	98	111	
* umbauter Raum	1000 m ³	283	188	322	232	206	284	158	93	259	
* Wohnfläche	1000 m ²	53	35,1	58	41	36	54	28	17	50	
* veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	175,8	124,1	217,5	164,1	131,1	167,0	97,4	49,9	131,2	
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	17,0	19	16,0	21,0	18,0	16,0	25,0	13,0	12,0	
darunter Büro- und Verwaltungsgebäude	"	3	4	2	6	1	4	6	1	4	
* umbauter Raum	1000 m ³	146	138	116	171	207	110	297	155	116	
* Nutzfläche	1000 m ²	28	32,5	27	36	46	18	43	25	23	
* veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	60,4	59,7	47,5	68,4	68,3	43,6	97,6	52,1	41,5	
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	774	469	743	586	492	726	343	228	622	
* Wohnräume insgesamt	"	3 052	1 953	3 250	2 400	1 949	2 845	1 318	942	2 510	
Baufertigstellungen³⁾											
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	139	152	201	56	40	204	299	65	66	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	"	675	706	1 260	699	335	829	1 804	209	388	
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	"	14	19	35	10	15	16	51	10	3	
Nutzfläche	1000 m ²	23,9	31,1	55,7	37,1	15,9	11,2	63,2	10,5	1,7	

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			1999	
		1997	1998	August	November	Februar	Mai	August	November	Februar	
Preisindizes für Bauwerke⁴⁾											
Bauleistungen am Bauwerk											
* Wohngebäude insgesamt	1995 = 100	101,1	101,7	101,1	100,9	100,9	102,1	102,0	101,8	101,8	
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	101,2	101,7	101,2	101,0	100,9	102,1	102,0	101,8	101,9	
Mehrfamiliengebäude	"	101,0	101,7	101,0	100,8	100,8	102,1	102,0	101,7	101,7	
Bürogebäude	"	101,6	102,7	101,7	101,6	101,7	103,1	103,1	102,9	102,9	

1) Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - 2) Landkreise Harburg und Stade.

3) die vorliegenden Ergebnisse können sich durch Nachmeldungen ändern. - 4) für Neubau in konventioneller Bauart.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Quartalsdurchschnitt		1996		1997			1998	
		1996	1997	Dezember	März	Juni	September	Dezember	März	Juni
Beschäftigung										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte										
* Insgesamt	Anzahl	745 905	735 817	738 721	733 852	732 322	740 730	734 007	731 066	731 363
und zwar										
Männer	"	411 309	405 635	406 898	402 944	404 047	409 451	405 298	402 877	404 437
* Frauen	"	334 596	330 182	331 823	330 908	328 275	331 279	328 709	328 189	326 926
* Ausländer und Ausländerinnen	"	66 182	64 069	65 210	63 709	63 709	64 581	63 346	62 862	63 497
* Teilzeitbeschäftigte	"	103 716	105 692	104 171	105 259	105 130	106 142	108 305	108 615	108 954
davon Männer	"	13 288	14 854	13 591	14 092	14 797	15 481	16 503	16 903	17 486
* Frauen	"	90 429	90 838	90 580	91 167	90 333	90 661	91 802	91 712	91 468
in der Wirtschaftsabteilung										
* Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	"	8 310	8 145	8 211	8 159	8 131	8 155	8 055	7 969	7 979
davon Männer	"	6 519	6 354	6 435	6 374	6 353	6 351	6 242	6 161	6 176
* Frauen	"	1 790	1 790	1 776	1 785	1 778	1 804	1 813	1 808	1 803
* Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾	"	136 906	131 326	133 888	131 233	130 470	131 472	130 368	127 771	127 792
davon Männer	"	103 314	99 322	101 152	99 197	98 648	99 499	98 736	96 874	96 965
* Frauen	"	33 592	32 004	32 736	32 036	31 822	31 973	31 632	30 897	30 827
* Baugewerbe	"	37 938	35 968	36 694	35 248	36 207	36 490	35 163	34 422	34 611
davon Männer	"	33 434	31 670	32 289	30 952	31 902	32 219	30 925	30 222	30 432
* Frauen	"	4 505	4 298	4 405	4 296	4 305	4 271	4 238	4 200	4 179
* Handel	"	128 436	126 122	127 484	126 401	125 635	126 268	124 883	124 224	123 551
davon Männer	"	61 763	61 133	61 450	60 844	61 007	61 485	60 945	60 662	60 531
* Frauen	"	66 673	64 989	66 034	65 557	64 628	64 783	63 938	63 562	63 020
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	"	74 450	71 270	72 977	71 467	70 854	71 280	69 979	69 892	69 535
davon Männer	"	52 707	50 719	51 821	50 678	50 448	50 689	50 301	50 243	50 230
* Frauen	"	21 742	20 551	21 156	20 789	20 406	20 591	19 678	19 649	19 305
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	52 146	51 247	51 657	51 325	50 820	51 393	51 239	51 037	50 746
davon Männer	"	25 350	24 962	25 181	25 009	24 785	25 062	24 800	24 702	24 572
* Frauen	"	26 797	26 285	26 476	26 316	26 035	26 331	26 439	26 335	26 174
* Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	"	241 678	246 604	242 580	244 494	244 836	250 397	250 796	252 802	254 362
davon Männer	"	99 396	102 895	100 197	101 256	102 192	105 311	105 446	106 399	107 888
* Frauen	"	142 282	143 709	142 383	143 238	142 644	145 086	145 350	146 403	146 474
* Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	"	20 938	21 201	20 898	21 078	21 141	21 342	21 585	21 584	21 761
davon Männer	"	7 381	7 528	7 335	7 385	7 447	7 677	7 871	7 800	7 903
* Frauen	"	13 557	13 673	13 563	13 693	13 694	13 665	13 714	13 784	13 858
* Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	"	42 196	41 093	41 682	41 671	41 281	40 932	39 293	38 671	38 198
davon Männer	"	19 193	18 846	18 989	19 100	18 979	18 815	17 990	17 712	17 535
* Frauen	"	23 003	22 247	22 693	22 571	22 302	22 117	21 303	20 959	20 663

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1998			1999			
		1997	1998	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, offene Stellen										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	92 520	90 480	97 253	94 307	91 608	90 314	90 369	88 317	86 853
und zwar										
* Männer	"	55 840	54 489	58 939	57 413	55 425	54 735	54 927	53 583	52 698
* Frauen	"	36 680	35 991	38 314	36 894	36 183	35 579	35 442	34 734	34 155
* Ausländer und Ausländerinnen	"	19 225	19 546	20 922	20 452	19 896	19 500	19 724	19 478	19 007
Arbeitslosenquoten:	%									
* Insgesamt	"	13,0	12,7	13,7	13,3	12,8	12,6	12,6	12,4	12,2
* Männer	"	14,8	14,5	15,7	15,3	14,8	14,6	14,6	14,3	14,0
* Frauen	"	11,0	10,7	11,5	11,0	10,7	10,5	10,4	10,2	10,1
* Ausländer und Ausländerinnen	"	22,9	23,0	24,8	24,2	23,3	22,9	23,1	22,8	22,3
* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	"	16,1	15,2	16,0	15,2	14,6	14,6	14,9	14,4	13,4
* Kurzarbeitende	Anzahl	2 613	2 008	3 232	3 317	3 562	1 595	2 348	2 144	1 644
* Offene Stellen	"	5 106	6 389	5 916	6 651	6 327	6 199	6 441	6 790	7 108

1) einschließlich ohne Angabe des Wirtschaftszweigs.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Quartalsdurchschnitt		1997			1998			1999
		1997	1998	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober	Januar
Löhne und Gehälter										
Arbeiter und Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste										
* Arbeiter	DM	5 012	5 100	5 042	5 050	4 967	5 107	5 161	5 104	5 030
* Arbeiterinnen	"	3 637	3 713	3 633	3 653	3 638	3 707	3 699	3 760	3 727
Bruttostundenverdienste										
* Arbeiter	"	29,84	30,51	29,92	29,80	30,37	30,51	30,67	30,45	30,78
* Arbeiterinnen	"	22,17	22,66	22,17	22,21	22,25	22,65	22,57	22,91	23,04
Angestellte im Produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	DM	7 552	7 633	7 570	7 535	7 539	7 635	7 646	7 661	7 766
* weiblich	"	5 605	5 734	5 608	5 628	5 644	5 726	5 754	5 763	5 821
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	7 147	7 411	7 154	7 196	7 240	7 345	7 474	7 476	7 373
* weiblich	"	5 283	5 429	5 274	5 352	5 296	5 391	5 489	5 462	5 478
Kaufmännische Angestellte im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe										
Bruttomonatsverdienste										
* männliche Angestellte	"	5 949	5 988	5 958	5 948	5 975	5 966	6 004	5 993	6 030
* weibliche Angestellte	"	4 609	4 662	4 591	4 614	4 648	4 641	4 664	4 681	4 701

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1997	1998	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Steueraufkommen										
Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	2 626	2 772	2 161	2 206	4 304	3 355	2 332	2 168	4 505
davon Lohnsteuer ¹⁾	"	999	1 024	835	902	1 716	899	916	888	1 761
Veranlagte Einkommensteuer ²⁾	"	89	133	61	40	407	480	4	82	598
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ²⁾	"	70	88	55	16	26	32	55	30	34
Zinsabschlag ¹⁾	"	33	40	29	26	23	30	29	31	43
Körperschaftsteuer ¹⁾²⁾	"	149	215	6	154	747	675	44	12	703
Steuern vom Umsatz	"	1 286	1 272	1 297	1 455	1 385	1 238	1 293	1 313	1 365
Bundessteuern	"	2 264	2 167	2 156	2 377	5 555	2 254	2 028	2 147	5 616
darunter Verbrauchsteuern	"	2 066	1 989	2 027	2 218	5 285	2 072	1 910	2 024	5 383
Zölle	"	54	54	62	72	60	43	48	55	69
Landessteuern	"	85	101	94	86	73	74	127	88	84
darunter Vermögensteuer	"	11	6	8	8	9	1	6	5	2
Kraftfahrzeugsteuer	"	21	22	23	18	20	20	21	17	19
Gemeindesteuern	"	241	254	25	693	88	46	59	669	62
darunter Grundsteuern	"	48	49	5	108	24	5	7	116	25
Gewerbesteuer nach Ertrag ³⁾	"	190	201	17	581	61	39	49	549	35
Steueraufkommen insgesamt	"	5 270	5 347	4 498	5 434	10 080	5 773	4 594	5 125	10 336

Landwirtschaft										
Tierische Produktion										
* Schlachtmengen ⁴⁾ insgesamt	t	394	240	248	256	215	236	227	262	215
darunter * Rinder	"	246	162	169	172	134	160	155	170	147
* Kälber	"	24	2	5	3	5	6	12	4	2
* Schweine	"	122	75	73	80	76	68	60	86	65
Erzeugte Kuhmilch	"	691	686	683	667	726	651	673	641	696
* darunter an Molkereien geliefert	%	92,4	92,3	88,6	90,3	91,6	88,0	88,4	89,9	91,2

1) vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. – 2) vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. – 3) vor Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997				1998			1999	
		1997	1998	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar		
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾²⁾												
* Beschäftigte ³⁾	Anzahl	107 253	103 463	105 494	104 385	103 063	103 714	103 480	100 233	99 588		
* darunter Arbeiter ⁴⁾	"	48 645	46 922	47 767	47 163	46 629	47 107	46 638	45 361	45 296		
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	6 372	6 179	5 858	6 236	6 200	6 439	5 792	5 718	5 642		
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	248	244	242	227	234	301	249	222	223		
* Bruttogehaltssumme	"	448	452	444	441	423	567	502	447	419		
* Gesamtumsatz ⁵⁾	"	9 895	7 894	11 478	8 805	7 207	7 650	9 620	6 562	6 672		
* darunter Auslandsumsatz	"	1 350	1 321	1 580	1 236	1 252	1 257	1 612	1 170	1 138		
Angaben nach Hauptgruppen der Herstellung von												
Vorleistungsgütern:	Beschäftigte ³⁾	Anzahl	37 641	36 783	37 491	37 467	36 709	36 617	36 395	34 456	34 740	
	Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	7 541	5 413	8 751	6 616	4 973	5 129	6 087	4 436	4 511	
	darunter Auslandsumsatz	"	595	516	556	545	512	457	448	425	425	
Investitionsgütern:	Beschäftigte ³⁾	Anzahl	42 924	40 794	41 633	40 799	40 392	41 315	41 259	41 102	40 170	
	Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1 064	1 102	1 408	911	922	1 043	2 114	974	949	
	darunter Auslandsumsatz	"	576	594	808	516	512	571	928	563	535	
Gebrauchsgütern:	Beschäftigte ³⁾	Anzahl	2 056	1 950	2 013	1 945	1 984	1 909	1 881	1 364	1 363	
	Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	167	169	174	171	170	210	191	.	.	
	darunter Auslandsumsatz	"	7	6	8	5	6	9	7	.	.	
Verbrauchsgütern:	Beschäftigte ³⁾	Anzahl	24 632	23 936	24 357	24 174	23 978	23 873	23 945	23 311	23 315	
	Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1 123	1 210	1 145	1 107	1 142	1 269	1 229	.	.	
	darunter Auslandsumsatz	"	173	206	208	170	222	220	229	.	.	

Öffentliche Energieversorgung

* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh ⁶⁾	163	249	249	201	200	278	260	188	146
* Stromverbrauch	"	1 053	1 058	1 153	1 145	1 042	1 154	1 169	1 169	1 092
Gasverbrauch	"	2 809	2 804	4 370	4 048	3 517	4 359	4 706	4 103	3 994

Bauhauptgewerbe⁷⁾

* Beschäftigte ³⁾	Anzahl	17 248	16 507	16 418	15 873	15 582	16 449	16 103	15 858	15 746
darunter Arbeiter ⁴⁾	"	12 058	11 138	11 441	11 061	10 795	10 961	10 718	10 541	10 437
* Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1000	1 544	1 482	1 122	1 206	1 426	1 416	994	1 108	1 064
davon für * Wohnungsbau	"	503	507	363	335	634	445	305	354	334
* gewerblichen Bau	"	595	554	442	473	447	588	402	431	427
* öffentlichen und Straßenbau	"	447	421	317	398	345	383	287	323	303
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	55	51	53	46	40	62	46	42	38
* Bruttogehaltssumme	"	30	29	29	26	25	36	31	27	26
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) insgesamt	"	366	341	411	244	287	378	361	193	238
davon * Wohnungsbau	"	99	102	116	86	92	102	113	41	61
* gewerblicher Bau	"	164	144	179	100	120	182	156	109	122
* öffentlicher und Straßenbau	"	103	95	116	58	76	94	92	43	55
* Auftragseingang ²⁾ insgesamt	"	231	223	263	156	177	181	159	102	132

Merkmal	Maß- einheit	Quartalsdurchschnitt		1997		1998			1999	
		1997	1998	September	Dezember	März	Juni	September	Dezember	Januar
Ausbaugewerbe²⁾										
* Beschäftigte ³⁾	Anzahl	12 191	11 358	11 391	11 984	12 519	12 020	12 241	10 892	11 846
darunter Arbeiter ⁴⁾	"	9 371	8 709	8 783	9 244	9 610	9 193	9 438	8 312	9 110
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1000	3 791	3 666	4 258	3 794	3 651	3 827	3 894	3 462	3 937
Bruttolohnsumme ⁸⁾	Mio. DM	120	111	114	129	111	116	122	118	106
Bruttogehaltssumme ⁸⁾	"	49	48	45	52	46	49	47	52	46
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ⁸⁾	"	508	495	540	674	374	467	517	577	422

1) einschließlich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 3) einschließlich der tätigen Inhaber. – 4) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 5) ohne Mehrwertsteuer, einschließlich Verbrauchsteuern. – 6) 1 Mio. kWh = 3600 Gigajoule. – 7) nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Quartalssumme.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Handel, Gastgewerbe und Tourismus										
Außenhandel¹⁾										
Ausfuhr des Landes Hamburg (Spezialhandel) ^{2,3)}	Mio. DM	2 054	2 448	2 368	2 347	1 976	2 119	2 504	2 537	2 435
und zwar * Waren der Ernährungswirtschaft	"	218	225	217	219	224	180	199	186	255
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	1 836	2 223	2 151	2 128	1 752	1 938	2 304	2 351	2 180
davon * Rohstoffe	"	7	7	6	8	6	10	5	7	6
* Halbwaren	"	182	158	166	180	165	120	116	152	143
* Fertigwaren	"	1 647	2 058	1 979	1 939	1 581	1 808	2 183	2 192	2 031
davon * Vorerzeugnisse	"	138	137	130	151	157	130	114	141	110
* Enderzeugnisse	"	1 510	1 921	1 849	1 788	1 424	1 678	2 069	2 051	1 921
in europäische Länder	"	1 487	1 794	1 784	1 726	1 427	1 464	1 751	1 914	1 929
* darunter in EU-Länder ⁴⁾	"	1 196	1 527	1 274	1 444	1 180	1 206	1 537	1 590	1 707
Einfuhr des Landes Hamburg (Generalhandel) ²⁾	"	4 557	4 812	5 147	4 979	4 073	5 081	4 499	4 557	4 420
und zwar * Waren der Ernährungswirtschaft	"	936	921	949	974	817	940	863	731	861
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	3 620	3 892	4 199	4 006	3 255	4 141	3 638	3 826	3 560
davon * Rohstoffe	"	287	246	348	274	227	232	140	143	224
* Halbwaren	"	354	282	415	382	328	268	244	212	284
* Fertigwaren	"	2 979	3 365	3 436	3 350	2 700	3 641	3 254	3 471	3 052
davon * Vorerzeugnisse	"	331	320	323	326	320	309	317	286	321
* Enderzeugnisse	"	2 648	3 045	3 113	3 024	2 380	3 332	2 937	3 185	2 731
aus europäischen Ländern	"	2 213	2 438	2 624	2 597	1 980	2 533	2 257	2 480	2 047
* darunter aus EU-Ländern ⁴⁾	"	1 705	1 946	2 016	2 090	1 475	2 003	1 738	2 041	1 520
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure⁵⁾										
Ausfuhr	"	3 518	3 551	4 061	3 836	3 304	3 455	3 847	3 663	3 349
davon in europäische Länder	"	2 375	2 393	2 820	2 673	2 187	2 260	2 520	2 516	2 375
darunter in EU-Länder ⁴⁾	"	1 738	1 787	1 940	2 002	1 608	1 752	2 018	1 910	1 825
in außereuropäische Länder	"	1 143	1 158	1 241	1 163	1 117	1 195	1 327	1 147	974
Einfuhr	"	5 878	5 530	6 926	6 185	5 328	5 635	4 923	5 568	5 214
davon aus europäischen Ländern	"	3 580	3 354	4 415	3 799	2 955	3 331	2 962	3 359	3 259
darunter aus EU-Ländern ⁴⁾	"	2 982	2 844	3 635	3 335	2 383	2 746	2 434	2 941	2 789
aus außereuropäischen Ländern	"	2 298	2 176	2 511	2 386	2 373	2 304	1 961	2 209	1 955
Großhandel⁶⁾										
Beschäftigte	1995=100	90,5	90,1	90,9	90,6	90,9	90,1	90,5	90,8	91,4
Umsatz insgesamt	"	103,7	118,5	111,4	103,3	107,2	117,2	120,3	117,1	119,3
davon Binnengroßhandel	"	108,2	144,8	117,8	109,8	112,5	149,3	147,2	143,9	147,0
Außenhandel	"	98,6	89,2	104,2	96,0	101,4	81,4	90,2	87,1	88,2
Einzelhandel⁶⁾										
* Beschäftigte	1995=100	97,3	96,6	96,4	96,4	96,9	96,9	96,8	97,2	98,2
* Umsatz insgesamt	"	100,9	99,7	105,6	107,6	116,1	102,9	99,9	106,1	115,8
darunter Ladengeschäfte	"	100,3	99,0	102,8	103,5	124,1	93,3	101,0	106,4	131,4
Gastgewerbe⁶⁾										
* Beschäftigte	1995=100	98,4	96,7	98,9	99,3	99,1	98,3	95,4	95,1	96,8
* Umsatz insgesamt	"	96,2	93,3	104,3	102,2	101	97,9	98,3	96,9	97,9
darunter Hotels, Hotels garnis	"	103,9	103,9	121,8	120,2	95,7	122,9	115,7	114,5	97,4
Restaurants, Imbißhallen, Cafés, Eisdielen	"	97,4	91,5	101,8	100,9	109,8	87,6	94,1	93,8	103,7
Tourismus⁷⁾										
* Gästeankünfte	1000	203	210	235	222	163	239	241	222	170
darunter * von Auslandsgästen	"	42	44	48	46	34	55	52	46	33
* Gästeübernachtungen	"	362	376	433	377	276	440	439	384	289
darunter von Auslandsgästen	"	79	83	91	83	61	106	100	85	61

1) Quelle: Statistisches Bundesamt. – 2) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 3) Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. – 4) Gebietsstand 1. Januar 1995. – 5) Nachgewiesen werden nur die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. – 6) Die Ergebnisse werden – bedingt durch Nachmeldungen – auch für weiter zurückliegende Monate korrigiert. – 7) ohne Privatquartiere.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1997	1998	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Angekommene Schiffe	Anzahl	987	980	995	940	940	1 066	981	974	892
Güterverkehr über See	1000 t	6 375	6 355	6 636	6 356	7 092	6 839	6 237	6 164	6 704
davon Empfang	"	4 006	3 941	4 226	3 842	4 764	4 432	3 756	3 719	4 018
darunter Sack- und Stückgut	"	1 640	1 711	1 674	1 717	1 657	1 746	1 694	1 673	1 545
Versand	"	2 369	2 414	2 410	2 514	2 328	2 407	2 481	2 445	2 686
darunter Sack- und Stückgut	"	1 711	1 660	1 784	1 835	1 793	1 598	1 614	1 719	1 732
Umgeschlagene Container ¹⁾	Anzahl	276 239	295 578	285 764	301 637	289 671	303 454	300 412	287 425	276 890
In Containern umgeschlagene Güter ²⁾	1000 t	2 387	2 442	2 455	2 558	2 455	2 406	2 393	2 467	2 454
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1000 t	258	339	248	276	260	385	391	460	338
* Güterversand	"	472	467	535	523	493	505	556	523	477
Luftverkehr³⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	10 587	10 452	11 708	10 286	9 172	11 185	11 500	10 345	9 110
Fluggäste	"	709 344	746 400	863 092	663 484	556 278	865 367	931 027	709 710	595 513
Fracht	t	2 909	2 812	3 111	2 973	2 667	2 981	3 094	3 150	2 788
Luftpost	"	1 564	1 417	1 532	1 546	1 646	1 439	1 418	1 371	1 510
Personenbeförderung im Stadtverkehr⁴⁾										
Schnellbahnen	1000	28 626	29 761	29 375	29 869	32 498	27 878	29 655	30 879	43 284
Busse (ohne private)	"	21 968	21 682	22 511	22 972	24 934	21 349	22 719	23 673	20 856
Kraftfahrzeuge⁵⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 241	6 616	6 555	5 133	5 668	6 712	6 625	6 385	6 541
* darunter Personenkraftwagen ⁶⁾	"	5 385	5 729	5 976	4 520	4 939	5 702	6 010	5 775	5 929
* Lastkraftwagen	"	418	417	394	390	576	590	383	435	479
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle insgesamt	"	4 466	4 678	5 070	4 499	4 438	4 570	5 457	5 032	4 948
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	766	771	830	703	696	809	842	717	658
* Getötete Personen	"	4	4	3	2	2	5	1	3	3
* Verletzte Personen	"	1 011	1 008	1 123	916	956	1 047	1 090	932	885
Insolvenzen										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	60	56	65	48	57	49	49	46	61
davon * Unternehmen	"	48	46	50	37	49	37	39	39	55
* übrige Gemeinschuldner	"	12	10	15	11	8	12	10	7	9
* Beantragte Konkurse	"	60	56	65	48	57	49	49	46	61
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	35	31	45	21	31	28	28	28	30

1) umgerechnet auf 20-Fuß-Einheiten. – 2) einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. – 3) gewerblicher Verkehr; ohne Transit. – 4) ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes. – 5) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 6) einschließlich Kombinationskraftwagen; ab 1996 alle Pkw mit bis zu neun Sitzplätzen.

HAMBURG IM BUNDES- UND LÄNDERVERGLEICH

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen
Bevölkerung								
Bevölkerungsstand	1000	31.12.1998	1 700,1	10 426,0	12 086,5	3 398,8	2 590,4	668,0
	03.10.1990 $\hat{=}$ 100	"	103,2	106,5	105,9	99,1	100,0	98,0
Anteil der ausländischen Bevölkerung	%	31.12.1997	15,2	12,7	9,4	12,6	2,3	12,2
der unter 18jährigen	"	"	16,2	20,2	19,8	17,7	19,9	16,8
der 60jährigen und Älteren	"	"	22,7	20,9	21,3	19,6	20,6	24,0
Frauen je 1000 Männer	Anzahl	31.12.1998	1 069	1 042	1 050	1 062	1 029	1 074
Bevölkerungsdichte	Personen je km ²	"	2 251	292	171	3 816	88	1 652
Lebendgeborene	je 1000 der Bevölkerung	1997	9,9	11,2	10,8	8,8	6,4	9,8
Gestorbene	"	"	11,3	9,4	10,1	10,6	10,4	11,9
Zugezogene	"	"	43,1	71,5	63,6	32,7	53,5	38,7
Fortgezogene	"	"	43,7	71,2	62,5	40,5	42,1	42,4
Eheschließungen	"	"	4,6	5,5	5,4	4,5	3,4	5,3
Ehescheidungen	"	"	3,0	2,1	2,2	2,8	2,0	3,0
Wohnungen								
Bestand	"	31.12.1997	492	437	444	533	453	506
Neubau	"	1997	4	6	6	9	12	3
Wahlen								
Stimmenanteile der Parteien bei der jeweils letzten Landtagswahl ¹⁾								
CDU/CSU	% der gültigen Stimmen	-	30,7	41,2	52,8	37,4	18,7	37,1
SPD	"	-	36,2	26,0	30,0	23,6	54,1	42,6
GRÜNE	"	-	13,9	11,2	6,1	13,2	2,9	8,9
F.D.P.	"	-	3,5	9,5	2,8	2,5	2,2	2,5
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1000	31.06.1998	731,4	3 667,4	4 182,7	1 132,6	847,1	278,2
davon in produzierenden Bereichen	%	"	24,1	47,8	42,8	26,1	38,2	33,2
in Dienstleistungsbereichen	"	"	75,9	52,2	57,2	73,9	61,8	66,8
Anteil ausländischer Beschäftigter	"	"	8,7	12,3	8,8	6,3
Arbeitslosenquoten: Insgesamt	"	März 1999	12,4	7,7	8,3	17,8	19	16,4
Männer	"	"	14,3	7,5	8,6	19,8	17,9	18
Frauen	"	"	10,2	7,9	8	15,7	20,3	14,4
Erwerbstätigenquoten: Insgesamt	"	April 1998	46,2	46,1	47,6	43,2	43,6	40,9
Männer	"	"	51,3	53,7	55,5	47,9	48,9	47,8
Frauen	"	"	41,3	38,8	40,1	38,8	38,4	34,5
Sozialhilfe beziehende Personen²⁾	je 1000 der Bevölkerung	31.12.1997	84	24	20	78	21	106
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen								
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Mrd. DM	1998	146,4	546,3	643,1	155,8	77,8	42
Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt	%	"	3,9	14,5	17,1	4,1	2,1	1,1
Anteil der produzierenden Bereiche an der Wertschöpfung	"	"	19,6	41,8	34,8	29,5	42	31,1
Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Wertschöpfung	"	"	80,4	58,2	65,2	70,5	58	68,9
Bruttoinlandsprodukt (real)	1991 $\hat{=}$ 100	"	111	108	114	105	155	104
Verarbeitendes Gewerbe³⁾								
Beschäftigte	je 1000 der Bevölkerung	31.12.1998	61	119	98	36	36	99
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mrd. DM	1998	94,7	405,4	413,0	59,3	27,5	33,5
1000 DM je Beschäftigten	"	"	915,4	325,7	347,5	491,4	295,0	504,2
darunter Auslandsumsatz	%	"	16,7	37,0	37,3	20,7	14,6	47,7
Pkw⁵⁾								
Bestand	je 1000 der Bevölkerung	01.01.1999	417	532	544	349	500	425
Neuzulassungen	"	2. Hj. 1998	20	22	25	12	18	19
Bruttoverdienste der Angestellten								
Vollbeschäftigte insgesamt	DM	Juni 1998	5 969	6 028	6 731	5 569	4 098	5 888
in der Industrie	"	"	7 040	6 843	6 643	6 380	4 919	6 875
im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	"	"	5 330	4 900	4 737	4 828	3 476	5 021

1) Spalte „Deutschland“: Zweitstimmen der Bundestagswahl 1994. – 2) Empfänger und Empfängerinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12. des Jahres. – 3) einschließlich Bergbau, Kombinationskraftwagen und alle Pkw mit bis zu neun Sitzplätzen.

HAMBURG IM BUNDES- UND LÄNDERVERGLEICH

Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland
6 035,1	1 798,7	7 865,8	17 975,5	4 025,0	1 074,2	4 489,4	2 674,5	2 766,1	2 462,8	82 037,0
105,0	93,1	106,8	103,8	107,2	100,0	93,6	92,5	105,5	93,8	103,0
12,4	1,6	7,2	11,4	7,6	8,2	2,3	1,5	5,3	1,5	9,0
18,7	20,9	19,8	19,5	19,8	18,4	18,2	18,9	19,0	19,2	19,4
21,8	19,8	22,2	22,3	22,7	23,9	17,6	22,5	22,3	21,8	21,5
1 043	1 027	1 046	1 058	1 041	1 064	1 069	1 060	1 047	1 050	1 051
286	78	165	527	203	418	244	131	175	152	230
10,5	6,6	11,0	10,6	10,4	9,2	6,4	6,3	10,6	6,6	9,9
10,2	9,9	10,7	10,6	10,8	11,5	11,8	11,4	11,0	11,1	10,5
26,4	60,9	52,1	16,3	46,9	49,5	51,1	29,7	29,3	27,5	43,0
25,9	62,8	48,5	14,8	42,2	50,3	50,8	32,7	23,7	28,2	41,9
5,5	3,5	5,9	5,6	5,6	5,4	3,4	3,4	6,5	3,5	5,2
2,5	2,1	2,2	2,5	2,5	2,9	1,9	1,7	2,5	1,8	2,3
438	450	436	440	435	445	503	478	461	458	452
5	11	6	5	6	4	11	7	7	7	6
43,4	37,7	36,4	37,7	42,0	38,6	58,1	22,0	37,2	42,6	35,1
39,4	29,5	44,3	46,0	41,3	49,4	16,6	35,9	39,8	29,6	40,9
7,2	3,7	7,4	10,0	6,6	5,5	4,1	3,2	8,1	4,5	6,7
5,1	3,8	4,4	4,0	6,7	2,1	1,7	4,2	5,7	3,2	6,2
2 093,0	606,2	2 342,1	5 736,9	1 159,3	342,2	1 571,5	884,9	796,7	835,7	27 207,8
36,0	34,3	40,6	41,1	42,4	43,5	40,6	38,0	34,8	40,5	40,2
64,0	65,7	59,4	58,9	57,6	56,5	59,4	62,0	65,2	59,5	59,8
10,8	...	4,5	9,0	6,5	8,5	4,1	0,6	7,5
9,8	20,7	12,2	11,7	9,7	12,2	19,6	22,4	11,4	17,2	12,3
10,2	19,6	12,1	11,8	9,6	12,6	17,9	20,6	12,3	15,9	12,2
9,4	21,9	12,2	11,6	9,8	11,5	21,3	24,3	10,3	18,5	12,5
44,2	42,0	42,9	41,2	43,5	39,7	41,8	40,8	44,6	43,3	43,7
51,6	47,5	51,0	50,3	52,0	48,3	48,0	46,3	52,6	49,1	51,3
37,0	36,6	35,3	32,6	35,4	31,7	36,0	35,5	36,9	37,9	36,5
43	26	43	39	31	50	20	27	45	20	35
353,1	48,4	331,4	826,9	161	45,7	125,3	71,4	117,1	66,5	3 758,1
9,4	1,3	8,8	22,0	4,3	1,2	3,3	1,9	3,1	1,8	100
24,3	30,6	35,9	34	37,2	33,1	37,4	37,7	27,5	37,9	34,1
75,7	69,4	64,1	66	62,8	66,9	62,6	62,3	72,5	62,1	65,9
110	137	111	107	106	105	146	141	111	159	112
78	25	71	85	77	100	47	38	52	47	78
154,1	12,2	235,2	527,9	113,8	31,6	52,5	29,7	50,7	29,9	2 270,8
327,8	273,5	419,9	347,4	365,1	294,9	248,7	288,2	355,5	256,2	354,6
33,4	14,9	36,0	32,0	40,9	35,6	22,3	13,5	29,8	18,9	33,2
550	469	530	498	540	550	482	470	522	490	509
31	18	27	20	19	22	20	19	19	19	22
5 828	4 014	5 288	5 712	5 398	5 214	4 267	4 221	5 206	4 132	5 620
6 549	4 785	6 341	6 514	6 360	6 210	4 871	4 810	6 192	4 677	6 494
5 350	3 608	4 486	4 981	4 597	4 421	3 758	3 623	4 575	3 631	4 803

Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.- 4) ohne Mehrwertsteuer, einschließlich Verbrauchsteuern.- 5) einschließlich

HAMBURG IM STÄDTEVERGLEICH

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin	Bremen	Dresden	Düsseldorf	Frankfurt am Main	Hannover	Köln	Leipzig	München	Nürnberg	Stuttgart
Bevölkerung														
Bevölkerung insgesamt ¹⁾	1000	2. Vj. 98	1 700,8	3 417,2	545,0	456,3	570,1	643,6	518,2	963,6	442,3	1 192,1	488,2	584,6
		1. Vj. 98	1 702,7	3 419,4	546,2	457,1	570,8	643,5	520,4	963,6	444,3	1 195,6	489,0	585,1
darunter Ausländer und Ausländerinnen	%	2. Vj. 98	15,1	12,7	14,8	3,5	17,1	24,8	16,5	19,6	5,0	22,8	17,7	24,7
		1. Vj. 98	15,2	12,7	14,7	3,4	17,1	24,8	16,4	19,6	4,9	22,9	17,7	24,7
Lebendgeborene	Anzahl	2. Vj. 98	3 860	7 187	1 378	789	1 272	1 577	1 280	2 397	701	3 236	1 097	1 403
		1. Vj. 98	3 524	7 126	1 179	770	1 155	1 429	1 153	2 314	724	2 662	1 116	1 289
darunter ausländisch	%	2. Vj. 98	19,9	18,9	23,4	2,8	23,5	36,4	20,3	28,5	4,1	27,1	23,6	31,5
		1. Vj. 98	19,0	20,0	21,6	3,1	21,0	35,8	21,4	26,7	3,6	28,0	26,8	31,5
Gestorbene	Anzahl	2. Vj. 98	4 600	8 524	1 536	1 167	1 625	1 649	1 433	2 383	1 280	2 905	1 447	1 368
		1. Vj. 98	4 600	9 263	1 655	1 156	1 727	1 565	1 524	2 515	1 243	3 015	1 504	1 458
Geborenen- (+) bzw. Gestorbenenüberschuß(-)	Anzahl	2. Vj. 98	- 740	- 1 337	- 158	- 378	- 353	- 72	- 153	+ 14	- 579	+ 331	- 350	+ 35
		1. Vj. 98	- 1 076	- 2 137	- 476	- 386	- 572	- 136	- 371	- 201	- 519	- 353	- 388	- 169
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 98	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,8	- 0,6	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 1,3	+ 0,3	- 0,7	+ 0,1
		1. Vj. 98	- 0,6	- 0,6	- 0,9	- 0,8	- 1,0	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 1,2	- 0,3	- 0,8	- 0,3
Zuzüge	Anzahl	2. Vj. 98	16 671	30 204	4 557	4 556	6 772	9 726	5 307	10 551	4 408	18 641	6 201	8 829
		1. Vj. 98	18 042	26 784	4 766	4 391	7 149	10 150	7 176	10 549	4 592	19 424	6 130	9 140
Fortzüge	Anzahl	2. Vj. 98	17 848	31 066	5 524	4 947	7 110	9 515	7 345	10 518	5 792	22 469	6 627	9 401
		1. Vj. 98	18 972	30 958	5 089	6 133	6 768	10 021	7 103	11 104	6 265	29 364	6 503	9 143
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	2. Vj. 98	- 1 177	- 862	- 967	- 391	- 338	+ 211	- 2 038	+ 33	- 1 384	- 3 828	- 426	- 572
		1. Vj. 98	- 930	- 4 174	- 323	- 1 742	+ 381	+ 129	+ 73	- 555	- 1 673	- 9 940	- 373	- 3
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 98	- 0,7	- 0,3	- 1,8	- 0,9	- 0,6	+ 0,3	- 3,9	+ 0,0	- 3,1	- 3,2	- 0,9	- 1,0
		1. Vj. 98	- 0,5	- 1,2	- 0,6	- 3,8	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	- 0,6	- 3,8	- 8,3	- 0,8	- 0,0
Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)	Anzahl	2. Vj. 98	- 1 917	- 2 199	- 1 125	- 769	- 691	+ 139	- 2 191	+ 47	- 1 963	- 3 497	- 776	- 537
		2. Vj. 97	- 2 006	- 6 311	- 799	- 2 128	- 191	- 7	- 298	- 756	- 2 192	- 10 293	- 761	- 172
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 98	- 1,1	- 0,6	- 2,1	- 1,7	- 1,2	+ 0,2	- 4,2	+ 0,0	- 4,4	- 2,9	- 1,6	- 0,9
		1. Vj. 98	- 1,2	- 1,8	- 1,5	- 4,6	- 0,3	- 0,0	- 0,6	- 0,8	- 4,9	- 8,6	- 1,6	- 0,3
Umzüge innerhalb der Stadt	Anzahl	2. Vj. 98	37 769	112 249	14 072	15 804	11 965	5 519	13 367	23 101	17 470	28 714	10 933	11 638
		1. Vj. 98	41 436	112 322	14 257	16 123	11 629	5 900	11 963	21 837	18 682	31 855	11 160	11 342
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 98	22,2	32,8	25,8	34,6	21,0	8,6	25,7	24,0	39,4	24,1	22,4	19,9
		1. Vj. 98	24,3	32,8	26,1	35,2	20,4	9,2	23,0	22,7	41,9	26,5	22,8	19,4
Arbeitsmarkt¹⁾														
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	1000	2. Vj. 98	731,4	1 132,6	234,1	218,3	336,8	451,7	276,5	430,4	208,2	633,0	254,6	338,3
		1. Vj. 98	731,1	1 133,2	233,8	210,5	335,9	452,6	276,7	430,2	184,6	631,7	253,1	338,3
davon Männer	"	2. Vj. 98	404,4	573,2	138,9	110,3	187,2	259,4	152,5	247,7	103,3	341,9	143,8	194,6
		1. Vj. 98	402,9	571,9	138,0	105,3	186,4	259,8	152,3	246,9	87,5	339,9	142,2	194,3
Frauen	"	2. Vj. 98	326,9	559,4	95,3	108,0	149,6	192,3	123,9	182,7	104,9	291,1	110,8	143,7
		1. Vj. 98	328,2	561,3	95,8	105,3	149,4	192,8	124,4	183,2	97,1	291,8	110,9	144,1
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3. Vj. 98	86 084	263 238	34 812	32 548	31 843	29 570	34 151	58 137	32 223	39 226	28 008	21 742
		2. Vj. 98	88 539	266 959	34 418	33 601	33 024	30 263	34 656	58 952	33 201	39 725	27 853	22 128
und zwar Männer	"	3. Vj. 98	51 536	146 851	20 533	15 895	18 937	17 889	20 344	35 193	15 916	21 940	14 941	12 827
		2. Vj. 98	53 210	149 443	20 550	16 478	19 783	18 630	20 947	35 656	16 621	22 920	15 204	13 414
Frauen	"	3. Vj. 98	34 548	116 387	14 279	16 653	12 906	11 681	13 807	22 944	16 307	17 286	13 067	8 915
		2. Vj. 98	35 329	117 516	13 868	17 123	13 241	11 633	13 709	23 296	16 580	16 805	12 649	8 714
Ausländer und Ausländerinnen	"	3. Vj. 98	18 717	44 255	6 090	1 008	8 311	11 760	13 807	17 765	940	13 144	8 867	8 935
		2. Vj. 98	19 227	44 330	5 955	963	8 666	12 225	9 873	17 580	906	13 799	8 856	9 230
Arbeitslosenquote	%	3. Vj. 98	12,0	17,3	15,3	15,1	12,3	10,7	14,9	14,0	16,3	6,9	12,8	8,7
		2. Vj. 98	12,4	17,5	15,2	15,5	12,8	10,9	15,2	14,2	16,7	7,0	12,7	8,8
Offene Stellen	Anzahl	2. Vj. 98
		1. Vj. 98
Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen	"	2. Vj. 98
		1. Vj. 98

1) Am Ende des Berichtszeitraumes.

HAMBURG IM STÄDTEVERGLEICH

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin	Bremen	Dresden	Düsseldorff	Frankfurt am Main	Hannover	Köln	Leipzig	München	Nürnberg	Stuttgart
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾²⁾														
Beschäftigte ³⁾	Anzahl	2. Vj. 98	103 003	121 356	59 259	19 483	47 155	54 530	52 657	68 742	12 893	126 401	60 492	87 598
		1. Vj. 98	103 558	121 104	58 489	19 342	47 050	54 579	52 351	68 791	12 499	125 333	61 279	86 659
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 98	61	36	109	43	83	85	101	71	29	106	124	150
		2. Vj. 97	61	35	107	42	82	85	101	71	28	104	125	148
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	2. Vj. 98	2 116	2 144	374	262	916	1 268	994	1 418	178	2 923	1 091	1 982
		1. Vj. 98	1 977	1 996	342	247	868	1 112	915	1 321	168	2 991	1 070	1 776
	1000 DM je Beschäftigte/n	2. Vj. 98	20,5	17,7	6,3	13,5	19,5	23,2	18,9	20,6	14,0	23,2	17,9	22,7
		1. Vj. 98	18,9	16,3	5,9	13,0	18,4	19,9	17,6	19,2	14,7	23,8	17,6	20,9
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	2. Vj. 98	22 790	15 050	2 849	1 387	5 283	6 186	4 484	10 180	749	15 423	4 647	7 051
		1. Vj. 98	24 215	13 724	3 037	1 318	5 018	6 089	4 188	9 362	696	15 468	4 389	6 240
davon Inlandsumsatz	"	2. Vj. 98	18 790	11 819	1 497	1 137	3 364	4 380	2 520	6 415	581	8 140	3 140	4 350
		1. Vj. 98	20 298	10 937	1 548	1 078	3 202	4 326	2 372	6 333	579	8 169	3 006	3 762
Auslandsumsatz	"	2. Vj. 98	4 000	3 231	1 352	250	1 920	1 806	1 963	3 766	168	7 283	1 506	2 700
		1. Vj. 98	3 917	2 788	1 488	240	1 816	1 763	1 815	3 029	118	7 299	1 383	2 478
Gesamtumsatz ⁴⁾	1000 DM pro Kopf der Bev.	2. Vj. 98	13,4	4,4	5,2	3,0	9,3	9,6	8,6	10,6	1,7	12,9	9,5	12,1
		1. Vj. 98	14,2	4,0	5,6	2,9	8,8	9,5	8,1	9,7	1,6	13,0	9,0	10,7
	1000 DM je Beschäftigte/n	2. Vj. 98	220,7	124,1	48,4	71,5	112,2	113,4	85,4	148,0	59,0	122,5	76,3	80,9
		1. Vj. 98	231,0	112,2	52,1	69,5	106,6	109,2	80,4	135,8	61,0	123,3	72,0	73,3
Bauhauptgewerbe²⁾ und Wohnungen														
Beschäftigte ³⁾	Anzahl	2. Vj. 98	11 200	28 565	4 365	6 114	4 563	7 087	4 140	6 839	5 916	11 706	4 467	5 610
		1. Vj. 98	11 515	29 396	4 356	6 159	4 603	7 579	4 150	7 149	6 189	11 178	4 009	5 636
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mio. DM	2. Vj. 98	805	1 722	86	326	380	478	314	598	390	784	245	353
		1. Vj. 98	747	1 768	86	263	259	383	264	497	267	601	151	289
Fertiggestellte Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	2. Vj. 98	1 650	2 197	768	1 059	595	902	...	114	411	553	158	207
		1. Vj. 98	1 630	2 618	395	115	273	1 347	...	23	845	914	107	175
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 98	1,0	0,6	1,4	2,3	1,0	1,4	...	0,1	0,9	0,5	0,3	0,4
		1. Vj. 98	1,0	0,8	0,7	0,3	0,5	2,1	...	0,0	1,9	0,8	0,2	0,3
Tourismus														
Gäste	1000	2. Vj. 98	670,9	998,4	135,1	264,3	295,6	529,2	162,8	395,6	166,3	861,1	229,7	263,8
		1. Vj. 98	541,6	711,0	112,8	140,2	311,4	478,4	155,8	371,8	119,9	665,7	199,7	242,5
Übernachtungen	"	2. Vj. 98	1 203,4	2 335,4	259,4	595,3	553,3	857,2	274,5	652,2	344,8	1 777,3	430,1	477,6
		1. Vj. 98	949,5	1 616,9	210,7	285,6	592,8	821,6	283,5	678,1	233,9	1 343,1	407,6	440,3
darunter von ausländischen Gästen	"	2. Vj. 98	258,7	653,8	65,4	82,9	219,9	458,9	72,5	201,3	52,7	774,0	111,9	128,8
		1. Vj. 98	198,4	419,7	44,8	35,7	238,3	495,0	74,0	237,6	24,6	538,4	113,8	107,1
Übernachtungen	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 98	707	683	475	1 303	970	1 332	529	677	778	1 489	880	817
		1. Vj. 98	557	472	385	623	1 038	1 277	545	704	525	1 119	833	752
Straßenverkehr														
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	2. Vj. 98	20 771	28 977	7 794	4 902	8 666	11 974	6 477	15 105	5 262	45 334	6 575	10 764
		1. Vj. 98	19 603	26 352	7 048	6 031	8 062	12 344	6 071	14 736	4 873	38 154	6 174	10 293
darunter Pkw ⁶⁾	"	2. Vj. 98	17 595	22 388	6 528	4 263	7 374	10 023	5 330	12 894	4 365	41 011	5 286	9 092
		1. Vj. 98	16 910	22 663	6 182	5 429	7 140	10 673	4 200	13 104	4 181	34 873	5 165	9 193
Gemeindliche Steuereinnahmen														
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁷⁾ (Gemeindeanteil)	Mio. DM	2. Vj. 98	533	453	102	52	280	516	186	317	54	464	103	222
		1. Vj. 98	479	393	97	32	268	451	157	233	43	535	103	196
(Gemeindeanteil)	DM pro Kopf der Bevölkerung	2. Vj. 98	313	133	186	115	491	802	357	329	122	388	210	380
		1. Vj. 98	281	115	178	71	469	700	301	242	96	445	210	334
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	2. Vj. 98	393	394	84	22	99	111	64	149	20	218	70	94
		1. Vj. 98	311	370	67	12	30	37	9	44	11	235	76	22
(Gemeindeanteil)	DM pro Kopf der Bevölkerung	2. Vj. 98	231	115	153	49	174	172	123	155	46	183	144	161
		1. Vj. 98	183	108	123	25	52	57	17	46	24	196	155	38

1) Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 3) am Ende des Berichtszeitraumes. - 4) ohne Mehrwertsteuer. - 5) alle Baumaßnahmen. - 6) einschließlich Kombinationskraftwagen und alle Pkw mit bis zu neun Sitzplätzen. - 7) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Statistische Berichte:

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

- Bevölkerungsentwicklung für die Monate Oktober, November und Dezember 1998
A I 1 – m 10/98, m 11/98 und m 12/98, je 2 Seiten
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
A VI 5 – vj 1/98 vom 23.03.1999, 15 Seiten

Produzierendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden Dezember 1998 und Oktober bis Dezember 1998
E I 1 – m 12/98 vom 22.03.1999 und E I 5 – vj 4/98 vom 27.04.1999, 13 Seiten
- Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 1998
E I 1 – j/1998, 10 Seiten
- Baugewerbe
E II 1 – vj 4/98 und E III 1 – vj 4/98 vom 15.03.1999, 4 Seiten

Handel und Gastgewerbe

- Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel Dezember 1998
G I 1 – m 12/98 vom 05.03.1999, 2 Seiten
- Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel Dezember 1998
G I 2 – m 12/98 vom 17.03.1999, 2 Seiten
- Ausfuhr des Landes Hamburg Oktober bis Dezember 1998 (Spezialhandel)
G III 1 – vj 10-12/98 vom 19.04.1999, 2 Seiten
- Beherbergung im Reiseverkehr Januar 1999
G IV 1 – m 1/99 vom 26.03.1999, 4 Seiten
- Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe Dezember 1998
G IV 3 – m 12/98 vom 05.03.1999, 2 Seiten

Verkehr

- Straßenverkehrsunfälle für die Monate Oktober, November und Dezember 1998
H I 1 – m 10/98, m 11/98 und m 12/98, je 4 Seiten
- Seeverkehr des Hafens Hamburg Januar bis Dezember 1998
H II 2 – j/98 vom 22.03.1999, 4 Seiten

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

- Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätige 1992 bis 1998
P I 1 (2) – j/98 vom 25.03.1999, 8 Seiten

Faltblätter

Wer sich kurz und schnell über wichtige Eckdaten und Zusammenhänge informieren möchte, kann auf die Hamburg-Flyer des Statistischen Landesamtes zurückgreifen. Die Faltblätter zu unterschiedlichen Themenbereichen – im praktischen Brieftaschenformat – werden Interessierten kostenlos zur Verfügung gestellt.

Derzeit sind lieferbar:

- Hamburg – Ein Stadtporträt in Zahlen mit umfassendem Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik (auch auf Englisch)
- Hamburg und seine Partnerländer:
 - China (auch auf Englisch)
 - Dänemark
 - Finnland
 - Großbritannien (auch auf Englisch)
 - Italien
 - Japan
 - Norwegen
 - Polen
 - Schweden
- Schifffahrt und Außenhandel
- Gesellschaftlicher Wandel in Hamburg seit 1960
- Unternehmensregister Hamburg – Zielsetzung und Konzeption
- Hamburger Stadtteil-Profile – Datenangebote aus: HAMBURG.regional
- Das Statistische Landesamt stellt sich vor

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift enthält Kurzinformationen, Aufsätze über wichtige statistische Ergebnisse, den Hamburger Zahlenspiegel mit Monats- und Quartalszahlen sowie Datentableaus mit Bundes-, Länder- und Großstädte-Vergleichen. Pro Heft rund 30 Seiten, ISSN 0017-6877
 Einzelheft: 8,- DM; Doppelheft: 14,- DM
 Jahresabonnement: 60,- DM

Statistisches Taschenbuch 1997

Das jährliche Statistische Taschenbuch bietet in handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in tabellarischer Darstellung für Hamburg, zum Teil mit Vergleichsergebnissen für die Bundesländer, ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise.

„Statistisches Taschenbuch 1997“: 242 Seiten, ISSN 0170-7477, Preis 20,- DM

Hamburger Statistische Porträts

In dieser Buchreihe werden umfassende, die einzelnen Fachstatistiken übergreifende Darstellungen und Analysen veröffentlicht.

Zuletzt sind erschienen (unter ISSN 1433-7991):

- Band 6: HAMBURG.regional 1998
Die Stadtteil-Profile, 204 Seiten, Juli 1998, 19,- DM
- Band 8: HAMBURG.regional – Indikatoren zur Sozialstruktur für die Statistischen Gebiete Hamburgs 1997 – Fünf thematische Karten, September 1998, 35,- DM
- Band 9: HAMBURG.regional 1998 – Stadtteil-Trends 1987 – 1997, 130 Seiten, Oktober 1998, 19,- DM
- Band 10: Hamburger Zeitreihen 1970 – 1997, 85 Seiten, 2. Auflage, März 1999, 19,- DM
Die Bände 8, 9 und 10 sind auch als Disketten erhältlich: im Acrobat Reader-Format zum Preis von je 19,- DM, im EXCEL- und ASCII-Format zum Preis von je 50,- DM.

Statistische Berichte

Wer auf der Suche nach detailliertem Datenmaterial für einen einzelnen Beobachtungsbereich ist, kann in den verschiedenen Reihen der Statistischen Berichte leicht fündig werden: Auf jeweils aktuellem Stand enthalten diese Veröffentlichungen in tabellarischen Zusammenstellungen Strukturbilder oder Zeitreihen zu zahlreichen Themenbereichen. Fordern Sie das spezielle Verzeichnis an!

Straßen- und Gebietsverzeichnis

In diesem Verzeichnis werden die rund 8300 benannten Hamburger Straßen, Plätze und Brücken aufgeführt. Für jede Hausnummer finden Sie den Ortsteil, den Stadtteil, die Postleitzahl, den Bundestagswahlkreis sowie das zuständige Standesamt, Finanzamt, Amtsgericht und Polizeirevier. Enthalten ist auch ein Verzeichnis der Kleingartenvereine. „Straßen- und Gebietsverzeichnis 1997“ mit aktuellem Nachtrag: 289 Seiten, Preis 20,- DM; Diskettenversion im Acrobat Reader-Format 20,- DM, im ASCII-Format 105,- DM.

Wahlanalyse 1998

Einer langen Tradition folgend hat das Statistische Landesamt zur Bundestagswahl am 27. September 1998 eine Analyse des Hamburger Wahlgesehens erstellt. Die spätere Überarbeitung auf der Basis der amtlichen Endergebnisse ist zusammen mit einer Untersuchung von Wählerwanderungen im Doppelheft 9-10.1998 der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ veröffentlicht.

